Einzelnummer 15 Pfg.

Volksstimme

Redaktion:
Halle a S., Gr. Brauhausstraße 17
Fernsprecher 6802
Sprechstunde täglich von ½12—½1 Uhr.

Sozialdemokratisches Organ (alte Partei)
für den Regierungsbezirk Merseburg
Erscheint mit der Sonntags-Unterhaltungsbeilage „Der Gesellschafter" täglich nachmittags 2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Verlag und Expedition:
Halle a S., Große Ulrichstraße 27
Fernsprecher 5407
Postscheckkonto Leipzig Nr. 87573.

Nr. 21 | Bezugspreis: Monatlich 3.25 Mk. frei Haus. Bei Abholung 2.00 Mk. Bei den Postanstalten vierteljährlich 6.00 Mk. ohne Bestellgeld. Einzelnummer 15 Pfennig | Halle, Montag, den 26. Januar 1920 | Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene Millimeterzeile 30 Pfennig, im Reklameteil Millimeterzeile 80 Pfennig. Schluß der Anzeigenannahme vormittags 9 Uhr | 4. Jahrgang

Der Kampf um die Sechsstundenschicht.

Der Vertreter des Arbeitsministers gab gestern auf der Generalversammlung des Bergarbeiterverbandes für das Ruhrgebiet die Erklärung ab, daß er auch zur Erreichung der Sechsstundenschicht gern mitwirken werde, nur bitte er mit der Verwirklichung des Planes so lange zu warten, bis die Lage des deutschen Volkes es ermögliche. Gegenwärtig könnten wir uns das Experiment der Sechsstundenschicht nicht erlauben.

Gelsenkirchen, 25. Januar. Die christlichen Bergarbeiter sprachen sich in einer heute hier abgehaltenen Versammlung für Beibehaltung der Siebenstundenschicht aus.

Wirkung der Sechsstundenschicht.

Man will bekanntlich ab 1. Februar für den Bergbau die Durchführung der Sechsstundenschicht fordern. Nach der Erklärung des Reichsministers Gisberts auf dem Zentrumsparteitag würde die Durchsetzung dieser Forderung den völligen Zusammenbruch Deutschlands zur Folge haben. Die Regierung hat sich deshalb auf den Standpunkt gestellt, daß nicht nur an der Sechsdreiviertelstundenschicht festzuhalten ist, sondern die Kohlenförderung noch durch Ueberschichten gesteigert werden muß.

Wir wollen hier nun in einem nackten Zahlenbilde die voraussichtliche Wirkung der Sechsstundenschicht im Steinkohlenbergbau vor Augen führen. Der Berechnung ist die Leistung des Vierteljahres September bis November 1919, in denen größere Streiks nicht vorlagen zu Grunde gelegt. In diesem Zeitraum wurden gefördert im Ruhrrevier monatlich 6½ bis 7 Millionen Tonnen, in Oberschlesien zirka 2½ Millionen Tonnen. Zusammen mit den übrigen Bezirken ergibt das eine monatliche Förderung von 10½ Millionen Tonnen. In Oberschlesien besteht die achtstündige, in Westfalen die siebenstündige Arbeitszeit. Hier soll nun eine Verkürzung um je eine Stunde Platz greifen. Das würde ergeben in Westfalen einen monatlichen Ausfall von Millionen Tonnen, in Oberschlesien einen solchen von 12 000 Tonnen, in den übrigen Gebieten 125 000 Tonnen.

Das ergibt einen monatlichen Ausfall von 1 437 000 To. Nimmt man nun an, daß dieser Ausfall z. T. durch intensivere Arbeit wett gemacht wird, so ist andererseits zu berücksichtigen, daß die An- und Ausfahrtszeit der Bergleute auch bei verkürzter Arbeitszeit die gleiche bleibt, sodaß man eigentlich in Westfalen mit einer Verkürzung von einem Siebentel und in Oberschlesien mit einem solchen von einem Siebentel rechnen müßte, während in der obigen Rechnung eine Verkürzung von einem Siebentel bzw. ein Achtel angesetzt wurde. Von dieser Förderung sind in erster Linie die Eisenbahnen, Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und der Hausbrand beliefert worden. Darüber hinaus konnte im Monat November an die gesamte Industrie einschl. der Privatbahnen 3 032 000 To. geliefert werden. Nach dem oben errechneten Ausfall bliebe für die ganze Industrie und die Privatbahnen nur 1 595 000 Tonnen verfügbar. Bisher erhielt die Industrie (einschließlich des verstrickten Hütten-Zechen-Verbrauches und Landabsatzes) nicht die Hälfte ihres angemeldeten Bedarfes und nach Verkürzung der Schichtzeit würde sie nicht ganz ein Viertel ihrer Anforderungen erhalten können. Den Einwendungen gegenüber, daß die Industrie zurzeit mehr Kohle fordert als sie tatsächlich braucht um arbeiten zu können, sei erwähnt, daß beispielsweise die Zementindustrie in Friedenszeiten monatlich 300 000 Tonnen Kohle verbrauchte und jetzt monatlich 65 000 Tonnen erhält. Die Kalkindustrie verbrauchte im Frieden 250 000 Tonnen pro Monat und erhält jetzt 70 000 Tonnen. Aehnlich liegen die Verhältnisse bei der Porzellanindustrie. Dieselbe erhielt im Frieden 250 000 Tonnen pro Monat und erhält jetzt 25 000 Tonnen. Vor dem Kriege hatten wir 18 000 Zirgeleien im Betriebe, von denen heute infolge des Kohlenmangels nur 12 bis 1300 arbeiten können.

Aus diesen Zeilen geht deutlich hervor, daß alle Kräfte angespannt werden müssen, um unsere Industrie vor dem Zusammenbruch zu retten. Die Bergleute müssen unter allen Umständen auf ihre Sechsstundenforderung verzichten, und die Arbeitgeber auf der anderen Seite müssen ohne Rücksicht auf den Gewinn alles tun, um die Kohlenförderung zu steigern.

Das Reichstagswahlgesetz.

WTB. Berlin, 24. Januar. Der Vorentwurf eines Reichswahlgesetzes, dessen Grundzüge bereits mitgeteilt worden sind, ist nunmehr vom Reichsministerium des Innern veröffentlicht worden. Die Verteilung der Abgeordneten auf die einzelnen Parteien erfolgt nach dem sogenannten automatischen System, das zuerst in Baden für die Landtagswahl eingeführt wurde. Auf je 60 000 gültige Stimmen entfällt ein Abgeordneter.

Für die Berücksichtigung der Reststimmen sind verschiedene Verfahrungsarten möglich. Das Reichsministerium des Innern hat daher drei Entwürfe aufgestellt, um der breiten Oeffentlichkeit Gelegenheit zu geben, zu den einzelnen Anwendungsmöglichkeiten des neuen Systems Stellung zu nehmen.

Im Vorentwurf A werden die in den einzelnen Wahlkreisen nicht verbrauchten Reststimmen auf eine Reichswahl-Vorschlagsliste verrechnet.

Vorentwurf B sieht mehrere örtlich zusammenhängende Wahlkreise zu einem Wahlverband zusammen. Die in dem Wahlkreis nicht verbrauchten Reststimmen werden hier zunächst auf einen Verband gebracht und erst die in den Verbandswahlkreis nicht verbrauchten Reststimmen auf die Reichswahlliste übertragen.

Vorschlag C veröffentlicht gleichfalls örtlich zusammenhängende Wahlkreise zu einem Wahlverbande und überläßt den Wählergruppen, entweder Wahlkreisvorschläge oder Verbandsvorschläge einzureichen. Parteien, die in einzelnen Wahlkreisen nicht wenigstens 60 000 Stimmen erreichen würden, können sich dann mit Wählergruppen benachbarter Wahlkreise zwecks Einreichung gemeinschaftlicher Wahlvorschläge (verbundene Wahlvorschläge) verbinden. Dadurch ist den Parteien die Möglichkeit gegeben worden, auch in solchen Wahlkreisen örtlichen Kandidaten zum Erfolg zu verhelfen, in denen sie an sich schwächer vertreten sind.

Die Wahlkreiseinteilung ist als Anlage zu dem neuen Gesetz und damit als Bestandteil des Gesetzes gedacht. Sie ist noch nicht entworfen, da die Ergebnisse der Volkszählung vom 8. Oktober 1919, die ihr zugrunde gelegt werden sollen, noch nicht vorliegen.

Neben dem neuen Wahlsystem bringt der Entwurf auch einige Neuerungen gegenüber dem bisherigen Wahlrecht. Besonders ist zu erwähnen, daß er dem wiederholt laut geäußerten Wunsche, den Auslandsdeutschen die Teilnahme an den Reichstagswahlen zu gewähren, Rechnung trägt.

WTB. Berlin, 24. Jan. Aus dem Reichswahlgesetz-Vorentwurf ist noch die in § 13 vorgesehene Einführung von Wahlscheinen hervorzuheben. Solche Wahlscheine sollen alle diejenigen Wähler erhalten, die keinen festen Wohnsitz haben, z. B. Reisende, Lokomotivführer usw. Sie können dann in jedem beliebigen Wahlbezirk wählen. Nach dem § 28 soll der Reichsminister des Innern, wenn infolge geringer Wahlbeteiligung bei Zuteilung von je einem Abgeordneten auf 60 000 Stimmen die Zahl der Abgeordneten 400 nicht erreichen sollte, das Recht haben, durch Verordnung die Verteilungszahl 60 000 soweit herabzusetzen, daß die Zahl der Abgeordneten 400 erreicht.

Die Wahl des Reichspräsidenten.

WTB. Berlin, 24. Jan. Der im Reichsministerium des Innern ausgearbeitete Vorentwurf eines Gesetzes über die Wahl des Reichspräsidenten wird nunmehr veröffentlicht. Der Entwurf läßt die absolute Mehrheit entscheiden. Sollte sich aber eine solche Mehrheit nicht ergeben, so soll in einem zweiten Wahlgange die relative Mehrheit den Ausschlag geben. Damit wird ein Mittelweg eingeschlagen und die für die Wahl des Reichspräsidenten im Interesse des Ansehens seiner Stellung nicht erwünschte Stichwahl vermieden. Die übrigen Vorschriften des Präsidentenwahlgesetzes sind den Vorschriften des Reichswahlgesetzes angepaßt.

Die Entente will in der Kaiserfrage nicht locker lassen.

London, 25. Jan. (TU.) Lord George stellt in Paris eine Anfrage, der Pressevertreter und Millerand beiwohnten. Er führte u. a. aus, die Verbündeten hätten beschlossen, ihre Forderung betreffs Wilhelm II. nicht abweisen zu lassen. Die Verbündeten seien einig, daß dem Kaiser gegenüber alle völkerrechtlichen Zwangsmaßnahmen anzuwenden seien.

Amsterdam, 25. Jan. (TU.) Reuter berichtet aus London: In gutunterrichteten Kreisen sieht man die Antwort Hollands nicht als die endgültige Erledigung der Auslieferungsfrage an. Die Antwort, die nicht ganz unerwartet war, wird vom Obersten Rat in Paris oder dessen Nachfolger untersucht werden und den Gegenstand neuer Verhandlungen zwischen den Verbündeten und Holland bilden. Die irrtümlichen Berichte werden zu entscheiden haben, in welcher Form dies zu geschehen hat.

Ums nackte Leben.

Von einem Parteigenossen, der sich eingehend mit landwirtschaftlichen Problemen und mit der Frage der Ernährungspolitik beschäftigt hat, wird geschrieben:

Der Reichsernährungsminister Schmidt ist in einer wenig beneidenswerten Lage. Wer die landwirtschaftlichen Blätter liest, wer die Berichte landwirtschaftlicher Versammlungen verfolgt, der weiß, wie er beständig das Ziel der wildesten Angriffe ist, weil er angeblich durch die Aufrechterhaltung der Zwangswirtschaft, durch Nichtgewährung auskömmlicher Preise die landwirtschaftliche Produktion zugrunde richtet.

Die Wut der Ueberagrarier

ist begreiflich, denn Schmidt unterscheidet sich sehr wesentlich von seinen Vorgängern, die, von vornherein agrarisch gerichtet, jeden Wunsch dieser Gruppen als Befehl aufnahmen und durchführten. Kaum irgend Jemand hat diesen Leuten schon so derb die Meinung gesagt und ihre übertriebenen Ansprüche energisch zurückgewiesen als Schmidt. Deshalb auch die Wut, die häufig schon zu Streikandrohungen und den wildesten Lästerungen geführt hat.

Aber nicht bloß von dieser Seite regnet es Angriffe auf Angriffe. Unsere Genossen selbst sind es, die alles mehr als zufrieden mit seiner Tätigkeit sind. Denn trotz seines Widerstandes klettern die Preise für unsere Nahrungsmittel immer weiter in die Höhe, mit seiner Zustimmung sind die Preiserhöhungen des letzten Jahres erfolgt und obwohl der Brotpreis wahrlich nicht mehr nötig ist, hat er der neuerlichen Einführung der Lieferprämien auf Brotgetreide zugestimmt, hat sich sogar einverstanden erklärt mit einer neuerlichen bedeutenden Erhöhung des Zuckerpreises, ja, was ungeheuerlich erscheint, mit der Ansammlung eines Fonds von 25 Millionen zur Hebung der Zuckerproduktion. Warum, so fragt man, werden gegen die

Lieferungsunwilligen Bauern

nicht Zwangsmittel angewandt und wie läßt es sich rechtfertigen, die Zuckerfabriken, die hohe Dividenden verteilen, und den zuckerrübenbauenden Junkern Zuschüsse auf Kosten der Verbraucher zu geben? Es ist selbstverständlich ausgeschlossen, daß irgendwelche Zuschüsse zur Bereicherung gegeben werden.

Das Problem, um das es sich handelt, ist folgendes: Unsere Zuckerproduktion ist im Jahre 1919 auf fast ein Drittel der Friedensproduktion zurückgegangen. Sie wieder zu heben, um wenigstens den Inlandsbedarf wieder zu erzeugen — früher haben wir große Mengen von Zucker ausgeführt —, ist notwendig. Auslandszucker kommt uns viel, viel zu teuer. Heben wir also die Zuckererzeugung im Inlande, so ist dies eine Maßregel, die auf dem eingeschlagenen Wege den Verbraucher belastet, trotzdem aber in seinem Interesse gelegen ist. Kämen wir dadurch in die Lage, wieder Zucker ausführen zu können, so wäre das umso besser. Wir können Rohprodukte für unsere Industrie und andere Lebensmittel dafür einführen. Daß auch die Arbeiter der Zuckerfabriken ein Interesse daran haben, beschäftigt zu werden, ist klar. Daß bei den bis jetzt bestandenen Preisen für kommendes Jahr hohe Verdienste beim Rübenbau zu erzielen waren, ist natürlich falsch, der gewaltige Produktionsrückgang spricht unwiderleglich dagegen.

Was nun die Lieferungsprämie anlangt, so steht einmal fest, daß infolge der verringerten Produktion — die Schuld daran trägt die durch den Krieg ausgelöste Zerrüttung — nicht viel da ist. Ein Teil der Vorräte ist bereits

auf dem Weg des Schleichhandels

und des Hamsterns in die Hände der Verbraucher übergegangen. An dem milden Aufkauf haben sich alle Klassen beteiligt. Die öffentliche Brotversorgung kommt um diese großen Mengen zu kurz.

Wohl kann man gegenüber den Bauern Zwangsmittel anwenden. Man kann Militär hinausschicken, um die Vorräte zu beschlagnahmen. Aber man stelle sich einmal diese Arbeit in der Praxis vor. Allein in Bayern sind z. B. 670 000 landwirtschaftliche Betriebe. Gegen den Widerstand der bäuerlichen Bevölkerung diese Unmasse der Betriebe militärisch durchsuchen zu lassen, ist eine glatte Unmöglichkeit. In Sowjetrußland hat man diese militärischen Requisitionen vorgenommen, mit dem Erfolg, daß wenig gefunden wurde. Die Bauern haben ihre Vorräte an unauffindbaren Orten vergraben, die Vorräte sind zum Teil verdorben, in den Städten aber herrschte die Hungersnot mehr wie zuvor. Aber selbst wenn wir genügend kubikreine Mannschaften hätten, wenn nichts vergraben würde, wenn die Lieferschuld auf diesem Weg zu erfassen so restlos möglich wäre, wie es tatsächlich unmöglich ist, so würde es trotzdem nicht genügen. Denn wir brau-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200126-18/fragment/page=0001

gen mehr wie die Lieferschuld. Der Bauer muß von dem ihm zustehenden noch abgeben, wenn wir, trotz der Zufuhr vom Ausland, mit der wir rechnen müssen, durchkommen wollen. Dazu kann er nicht gezwungen werden, dazu ist seine freiwillige Bereitwilligkeit erforderlich und die soll erreicht werden durch die Prämie auf Mehrlieferung. Das ist das Prämiensystem der Industriearbeit, übertragen auf die Landwirtschaft. Je mehr einer liefert über seine Schuldigkeit, desto mehr erhält er für jeden einzelnen Zentner der Lieferung.

Ob diese so sehr bekritisierte Maßnahme die erhofften Erfolge zeitigt, läßt sich im voraus nicht sagen. Vielleicht werden wir wiederum, wie so oft schon, enttäuscht. Aber der Minister, dessen Aufgabe es ist, für die Ernährung zu sorgen, ist gezwungen,

jedes nur einigermaßen Erfolg versprechende Mittel

zu ergreifen, um die Ablieferung zu verbessern und die Lebensmittelproduktion zu fördern. Er muß da manches tun, was uns fürs Erste unbegreiflich erscheint. Er kann vor allem nicht den notwendigen Preiserhöhungen ein einfaches Halt gebieten. Das kann überhaupt niemand und wäre er noch so stark, noch so klug und noch so rückhaltslos. Auch keiner derjenigen, der ihn und die sozialdemokratische Partei deshalb mit höhnischer Kritik überschütten, kann uns sagen, wie dies zu machen ist.

Für den Verbraucher folgert eben daraus die Notwendigkeit, ebenfalls seine Einnahmen zu erhöhen. Das ist bitter. Der Arbeiter zumal kommt aus den ständigen Lohnkämpfen nicht mehr heraus. Er möchte endlich eine gewisse Ruhe haben. Das ist begreiflich. Aber die Verhältnisse sind eben stärker als wir Menschen. Durch die wirtschaftliche Revolution, in der wir stecken, müssen wir durch, da hilft uns kein Jammern. Diese scheußlichen Gebrechen unseres Wirtschaftslebens, die Folge der größten Katastrophe der Weltgeschichte, heilt nur die Zeit. Gesunde Vernunft, klare Köpfe, Energie, Mut und Zähigkeit brauchen wir in einem Maße, wie noch nie, um durchzukommen. Und über Eines müssen wir uns auch vollständig klar sein, es handelt sich gegenwärtig für uns um

die Erhaltung unseres nackten Lebens.

Je mehr wir uns darüber klar sind und unser Handeln darnach einstellen, umso besser für uns.

Erzberger.

Der Beleidigungsprozeß, den der Reichsfinanzminister Erzberger gegen den früheren Vizekanzler Dr. Helfferich angestrengt hat, ist noch nicht zu Ende, und seinem Ergebnis soll auch nicht vorgegriffen werden. Es handelt sich in diesem Prozeß bekanntlich um die Frage, ob Erzberger als Abgeordneter Politik und Geschäft in unzulässiger Weise miteinander vermischt hätte. Die sozialdemokratische Partei braucht dem Ausgang dieses Prozesses mit umsoweniger Nervosität entgegenzusehen, als auch das ungünstigste Ergebnis sie nicht berühren würde. Erzberger ist bekanntlich nicht Sozialdemokrat, sondern Mitglied der Zentrumspartei. Würde sich wirklich herausstellen, daß Erzberger seinen politischen Einfluß zu Zwecken persönlicher Bereicherung mißbraucht habe, so würde der moralische Schaden in erster Reihe seine Partei treffen, in zweiter freilich auch die deutsche Republik, an deren Spitze nur untadelige Männer stehen sollen.

So wenig mit diesen allgemeinen Bemerkungen dem Ausgang des Prozesses vorausgegriffen werden soll, so wenig liegt ein Anlaß vor, nicht jetzt schon in seine Ursachen hineinzuleuchten. Herr Helfferich hat diese Verhandlung nicht provoziert, weil er ein Fanatiker der öffentlichen Moral ist. Als früherer Direktor der Deutschen Bank und als Reichsschatzsekretär hat er die zahlreichen Verschlingungen zwischen Politik und Geschäft so genau kennen gelernt, daß

ein Grausen durch die ganze kapitalistische Welt

ginge, wenn er jetzt als hinkender Teufel alle Dächer abdecken wollte. Wenn nun Herr Helfferich den Fall Erzberger besonders herausgegriffen hat, so nur deshalb, weil er hofft, auf diese Weise einen gefährlichen politischen Widersacher zur Strecke bringen zu können.

Herr Helfferich und die ganze Bankokratie hatten gegen Erzberger nicht das Allergeringste einzuwenden, solange er noch ihr Mann war. Die geschäftlichen Verbindungen, die er als Abgeordneter unterhielt, waren ihnen schon damals sehr genau bekannt, sie fanden aber an ihnen nichts auszusetzen. Erst als Erzberger das sinkende Schiff des Annexionismus verließ, und ganz besonders als er Reichsfinanzminister geworden war und hohe Steuern auf den Besitz legte, begann die deutschnationale Entrüstung gegen diesen Mann aufzukochen.

Der letzte Sinn aller Anklagen

gegen Erzberger ist doch nur der: „Er hat in unserem Bett geschlafen, er hat von unserem Teller gegessen, und jetzt hat er sich aus dem Staube gemacht und uns sitzen lassen!"

Erzberger ist, wie immer man sonst über ihn denken mag, eine hervorragende Arbeitskraft. Weder als Redner noch als Schriftsteller wirkt er für sich durch die Höhe seiner Weltanschauung oder durch den Glanz seiner Sprachkunst. Aber als Mann, der sich durch Fleiß und einen offenen Kopf bedeutende Kenntnisse erwarb und auf den verschiedensten Gebieten zu Hause war, hat er sich schon in jungen Jahren in seiner Partei unentbehrlich gemacht, und durch diese Unentbehrlichkeit erwarb er sich großen Einfluß. Als ihn das Zentrum bei der Unterzeichnungskrise im Juni vergangenen Jahres zum Reichsfinanzminister vorschlug, mußte sich der Reichspräsident angesichts der furchtbar kritischen Lage des Reiches an diesen Vorschlag gebunden fühlen. Erzberger war ja auch die Seele der Koalitionspolitik.

Als der jüngste unter den führenden Männern des Zentrums hat sich Erzberger eine besondere Biegsamkeit seiner Taktik bewahrt. An Ueberzeugungsstärke waren ihm die Spahn und Groeber sicherlich über, aber mit ihrer monarchistischen Ueberzeugungstreue war unter den gegebenen Verhältnissen absolut nichts anzufangen. Erzberger wies im Bunde mit Fehrenbach und den christlichen Arbeiterführern der Partei neue Wege, und er hat ihr dadurch

zweifellos einen großen Dienst

geleistet. Er hat sie vor der konservativen Verkalkung bewahrt und ihre Lebensmöglichkeit auch unter veränderten Umständen gesichert.

Als Politiker weist Erzberger große Schwankungen auf. Daß er zu den entschiedensten Annexionisten gehörte, bis ihm in Wien ein Licht über den wirklichen Stand der Dinge aufgesteckt wurde, ist allgemein bekannt. Weniger bekannt ist, daß er vor dem 4. August 1914 sämtliche Sozialdemokraten als Hoch- und Landesverräter behandeln wollte. Wir haben inzwischen viel erlebt, und solche Kleinigkeiten werden leicht vergessen. Erzberger würde es damals sicher als eine wüste Phantasie betrachtet haben, wenn man ihm prophezeit hätte, noch ehe fünf Jahre verflossen waren, würde er von einem dieser Hoch- und Landesverräter, als dem Präsidenten der deutschen Republik, zum Minister ernannt werden und mit Sozialdemokraten zusammen eine gemeinsame Regierung bilden.

Solche Erinnerungen zeigen uns den Wandel der Dinge und bewahren uns vor dem Fehler, den augenblicklich gegebenen Zustand als einen starren und dauernden zu betrachten. Wir wissen nicht, welche Politik Erzberger und das Zentrum nach abermals 5 Jahren machen werden. Aus Feindschaften werden Bündnisse, aus Bündnissen Feindschaften. Und darum ist der Prozeß Erzberger-Helfferich auch eben nur für diesen Augenblick wichtig. Er soll

die deutschnationale Propaganda

für die nächsten Wahlen befruchten, vielleicht bringt er ihr auch wirklich ein paar Stimmen. Und dann geht die Weltgeschichte weiter.

Der erste Schritt.

Zwischen Deutschland und Sowjetrußland ist eine Verständigung über die Siedlungsfragen und über die Abwanderung Arbeitsloser nach Rußland angebahnt worden. Die deutsche Regierung hat den Wunsch ausgedrückt, in mündliche Verhandlungen über den Fragenkomplex einzutreten und auch, die Bereitwilligkeit hierzu annehmend, zu diesem Zweck einer russischen Delegation die Einreisegenehmigung nach Deutschland erteilt. Gleichzeitig wird eine deutsche Studienkommission mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes sich nach Sowjetrußland begeben, um an Ort und Stelle Material über die Ansiedelungs- und Arbeitsmöglichkeit in Sowjetrußland zu sammeln.

Aus Dorpat, wo die Friedensverhandlungen zwischen Estland und den Bolschewisten fortdauern, wird gemeldet, daß wahrscheinlich im Laufe der folgenden Woche eine durchgehende Linie von Reval und Narwa bis Petersburg für die Durchfuhr, Ein- und Ausfuhr unter neuen Vergünstigungen eingerichtet wird. In Rußland sind große Korn- und Flachsvorräte vorhanden. Es besteht jedoch großer Mangel an rollendem Material zu ihrer Beförderung.

Zur Aufhebung der Sowjet-Blockade.

WTB. Paris, 24. Jan. Das Generalsekretariat der Friedenskonferenz teilt über die Aufhebung der über Sowjetrußland verhängten Blockade folgendes mit: Um die schreckliche Notlage der innerrussischen Bevölkerung zu beheben, der alle aus dem Auslande kommenden Manufakturwaren fehlen, beschloß der Oberste Rat nach Kenntnisnahme des von dem Ausschuß zur Wiederherstellung bestimmter Handelsbeziehungen mit dem russischen Volk erstatteten Berichten den Warenaustausch zwischen dem russischen Volk und den alliierten oder neutralen Ländern auf der Grundlage der Gegenseitigkeit zu gestatten. Zu diesem Zweck ordnete der Rat an, daß den mit der Bauernschaft in Ganzrußland in unmittelbarer Verbindung stehenden Genossenschaft-Organisationen für die Einfuhr von Kleidern, Medikamenten, landwirtschaftlichen Maschinen, sowie aller hauptsächlich für das russische Volk notwendigen Erzeugnisse die erforderlichen Erleichterungen gewährt werden. Die Einfuhr soll im Austausch gegen Getreide, Flachs, Holz und anderen Erzeugnissen erfolgen, an denen Rußland für die Ausfuhr verfügbaren Ueberschuß hat. Diese Abmachungen bringen keine Aenderung in die Haltung der Alliierten gegen die Sowjetregierung mit sich.

Die Forderungen der Sowjetregierung.

Paris, 25. Jan. Havas. Die Sowjetregierung hat die Entente davon verständigt, daß sie unter der Bedingung eines vorherigen Waffenstillstandsabschlusses bereit sei, die Handelsbeziehungen mit ihr wieder aufzunehmen. Wenn die Entente diese Bedingungen ablehne, würden sämtliche alliierten Schiffe, die sich gegenwärtig in russischen Häfen befinden, versenkt werden.

Helsingfors, 25. Januar. Havas. Die Konferenz der baltischen Staaten und Polen sprach den Wunsch aus, daß keiner der auf ihr vertretenen Staaten mit Sowjetrußland einen Sonderfrieden schließe. Finnland, Polen und Lettland stimmten dem Vorschlag zu, Litauen enthielt sich der Stimme und Estland war dagegen.

Die Offensive gegen die Putschisten.

Der „Vorwärts" stellt in einem Leitartikel eine große Anzahl von Beweisstücken zusammen, die ergeben, daß die linksradikalen Parteien seit Mitte Dezember, besonders im Ruhrrevier, auf einen Umsturz im Sinne der Rätediktatur hingearbeitet haben. Es setzten bekanntlich Teilstreiks ein und am 13. Januar kam es in Hamborn zum Sturm auf das Rathaus, wobei die Steuerakten vernichtet, die Räte-

Kleines Feuilleton.

Den Heimkehrenden.

Es haben gesungen die Glocken
Nicht hallend Halleluja!
Und dennoch ist's wie Frohlocken:
Der Frieden — der Frieden ist da!

Gefangengehaltene Brüder
Mit kummerzerfurchtem Blick
Kehren nun endlich wieder
In die Heimat zurück! . . .

Zurück in das Heimatgelände,
Das lang seine Söhne nicht sah! . . .
Wir pressen Euch tränend die Hände . . .
Der Frieden — der Frieden ist da!

IV. Konzert im Stadt-Theater.

Das 4. Konzert im Stadttheater stand unter der Leitung Professor Dr. Georg Schumanns. Leider hatte das Programm noch eine Aenderung dadurch erfahren müssen, daß Georg Schumanns neuestes Werk „Absalon und David" für Alt- und Tenorsolo mit Orchester wegen Krankheit der Solistin fortfallen mußte. Dafür brachte Kammersänger Leonor Engelhard zwei bekannte Lieder aus Wagnerschen Musikdramen, „Rienzis Gebet" und „Siegmunds Liebeslied" zum Vortrag. Den Höhepunkt und Abschluß bildete Franz Schuberts große C-dur-Sinfonie.

Karl Maria v. Webers Ouvertüre zu „Euryanthe" stützt sich — wie überhaupt die meisten Ouvertüren des Komponisten — auf Motive aus dem musikalischen Gesamtinhalt des Werkes. Ich erinnere nur an das Motiv der Arie Adolars auf „O Seligkeit", das zum zweiten Hauptthema wird, ebenso an die im neunten Takt der Ouvertüre eintretende Gesangsstelle Adolars „Ich bau auf Gott", die allein an diesem Orte vollständig gebracht wird. Weber selbst hat diese Ouvertüre — wie auch die Oper selbst — allen seinen früheren und späteren Werken vorgezogen. Daß „Euryanthe" so wenig volkstümlich geworden ist, liegt wohl an der Verworrenheit und Unklarheit der Dichtung. Die Komposition ist ein Werk von unerschöpflicher Innigkeit und Tiefe.

Die beiden Wagnerschen Lieder, Rienzis Gebet aus „Rienzi" und Siegmunds Liebeslied aus „Die Walküre" wurden von Leonor Engelhard in wahrhaft glänzender Weise zum Gehör gebracht. Der Künstler verfügt über ein hervorragendes Stimmenmaterial, das gerade hier im vollsten Umfange sich entfalten konnte. Die Innigkeit des Vortrags, sowie die scharfe Akzentuierung gefielen besonders und hoben den Charakter der Lieder scharf hervor. Das Publikum dankte durch reichen Beifall.

Franz Schuberts C-dur-Sinfonie ist wohl des Komponisten tiefste und reichhaltigste Tonschöpfung, ein Werk, in dem er das Ergebnis seiner künstlerischen Lebensführung zusammenfaßt. Sie ist der Ausdruck seiner reinen Persönlichkeit. Was bei ihr als Länge empfunden wird — deshalb war sie zuerst von den Zeitgenossen abgelehnt worden — sind zumeist Wiederholungen von Episoden. Sie zu streichen, würde aber dem Wesen Schuberts widersprechen. Was er erreichen will, ist ja gerade das Gefühl der Zeitlosigkeit, das Schweben über Zeit und Wirklichkeit. Hans von Bülow schrieb nach einer Uraufführung der Sinfonie: „Man hatte in ewigen Räumen, in einer zeitlosen Welt geweilt" und traf damit den Kern der Sache. Schuberts Musik entwickelt keine Probleme — man muß sie auf das Gefühl wirken lassen, um sie verstehen zu können. Hier ist Schubert Beethoven verwandt, in dessen späteren Sinfonien sich eine Neugeburt der symphonischen Form aus dem Geiste der Tanzsuite" vollzieht. — So ließ auch der Dirigent des Abends, Professor Dr. Georg Schumann, die C-dur-Sinfonie vor uns erstehen. Wir erlebten sie von neuem, der Welt der Romantik mit all ihrer berückenden Pracht, ihren lockenden Geheimnissen und ihrer stillen Sehnsucht. Und wie wunderbar scharf hervorgehoben waren die Rhythmen und die Kontraste. Das Motiv mit dem punktierten Rhythmus, das sich in der Andante — Einleitung in den Vordergrund drängt und im Allegro teilt, wurde in allen Teilen mit besonderer Feinheit durchgeführt. Auch die Kontraste — das Wechseln von Akkorden und Klagen im Andante von moto — brachte der Dirigent in recht wirksamer Weise zur Geltung. Die Begleitung der Wagnerschen Gesänge leitete er mit umsichtiger Hand, bald dämpfend, wo der Solist hervortreten hatte, und hier aufmunternd.

Eine besondere Freude erlebten wir wieder an unserm Stadttheater-Orchester. Abgesehen von einigen kleinen Unregelmäßigkeiten mit der Führung, zeigte es sich ganz auf der Höhe und erbrachte den Beweis, daß es nicht nur Opern-, sondern auch Sinfonie-Musik unter fremder Leitung technisch und musikalisch voll und ganz beherrscht. Die verschiedensten Solisten, die in Schuberts C-dur-Sinfonie reichlich Gelegenheit hatten ihr Können zu zeigen, lösten ihre Aufgabe zur vollsten Zufriedenheit.

Der reiche Beifall am Schluß galt allen Mitwirkenden.

C. P.

Walhalla-Theater: Die keusche Susanne.

Am Walhalla-Theater ging Sonnabend Erstaufführung. „Die keusche Susanne" ist eine der Operetten aus dem „Mit-ziakter", bei der im Gegensatz zu den Neuesten noch etwas mehr Wert auf die Musik gelegt wurde. Jean Gilbert hat eine ganz angenehme Musik zu dem recht tragenden Operettentext geschrieben. Ein Teil der Melodien ist schon seit langem „Volksgut" geworden und verständnisvoll summte ein Teil Publikum das Walzerlied: „Wenn die Füßchen sie heben ..." mit. Ueber den Inhalt redet man besser nicht, es ist immer die alte Geschichte mit den ewigen Verwicklungen und Lösungen. Schließlich wird ja doch alles gut. Die Hauptsache ist, daß gesungen, gesprungen und getanzt wird. Bunt über Eck ging es auf der Bühne und das Publikum quietschte vor Vergnügen. Manche „Attraktion" mußte wiederholt werden, das Sträuben der Künstler wurde mit Trampeln und Pfeifen überwunden. Es ist ja schließlich auch etwas wert, wenn man in unserer philosophischen (?) Zeit unphilosophisch bleibt und lacht — auch dann, wenn man nichts zu lachen hat.

Gustav Bertram war als der „tugendsame" Privatgelehrte wie immer großartig. Er entfesselte mit seiner Beinmimik allein wahre Lachsalven, würdig zur Seite stand ihm Hugo Claus als sein „würdiger" Sohn. Dieser Hubert war so eine fein abgetönte, und doch kraftvoll komische Kabinettsleistung. Auch stimmlich war er nicht schlechter wie darstellerisch. Marga Peter als „keusche Susanne" war mit Stimme und Bein „auf der Höhe", ihr Spiel herzerfrischend und in allen Sätteln fest. Die übrigen Darsteller: Else Tima als Tochter, Peter Bulw als Neffe, Georg Paulsen als Trottel, Richard Hustig als Charenton trugen zum guten Gelingen bei. Georg Kränleins Oberkellner war eine besondere „Spezialität". Die Regie klappte wie am Schnürchen. Chor und Musik und Artur Baumgärtners Leitung erfüllten ihre Pflicht. „Die keusche Susanne" wird sicher noch viele volle Häuser sehen.

Fridolin.

Berichtigung. In unserem Artikel „An der Tat: Ein Skandal" in der Sonnabendnummer sind durch versehentliches Auslassen der Korrektur eine Reihe sinnentstellender Fehler stehen geblieben. Z. B. muß es in der 1. Spalte 2. Zeile von unten heißen: „jüngstdeutsche Dichtung", nicht Richtung; in der 2. Spalte 10. Zeile von unten muß das Wort „so" fort; in derselben Spalte 2. Zeile von unten, muß es heißen „da war", nicht wir usw.

Stadttheater. Heute, Montag, abend 7 Uhr wird das Singspiel „Das Dorf ohne Glocke" gegeben. Dienstag „Carmen", Mittwoch abend 6 Uhr „Wilhelm Tell". Donnerstag „Der Zigeunerbaron", Freitag „Brunhild", Sonnabend „Der Bajazzo", dazu „Cavalleria rusticana", Sonntag nachm. Fremdenvorstellung bei ermäßigten Preisen „Alt-Heidelberg", Sonntag abend „Das Christelflein". Dienstag nachm. 3 Uhr wird zum vorletzten Male das Märchenschauspiel „Sneewittchen und die sieben Zwerge" aufgeführt. Mittwoch unwiderruflich letztes Gastspiel der Liliputaner Künstlergesellschaft „Sneewittchen und die sieben Zwerge".

republik ausgerufen und schließlich riesige Plünderungen verübt wurden. Auf der Zeche „Vereinigte Gelsenkirchen und Amalie" hatte ein Betriebsratsmitglied schon für den 13. Januar den großen Schlag angekündigt, der die Regierung stürzen würde. Der „Vorwärts" ruft die Mehrheitssozialisten dazu auf, sich gegenüber diesen Streiks nicht mehr auf die Abwehr zu beschränken, sondern angesichts dessen, daß man gegenwärtig versucht, im Ruhrrevier Stimmung für den Generalstreik zu machen, auf der ganzen Linie zum Angriff vorzugehen.

Man müßte ja an der Einsicht unserer Arbeiter verzweifeln, wenn sie nicht das frevelhafte Spiel erkennen, das die Unabhängigen mit ihnen treiben. Sie mißbrauchen die wirtschaftlichen Kämpfe ebenso für ihre politischen Zwecke wie die Kommunisten. An der Verzweiflung, die die Nöte der Zeit auslösen, kochen sie ihre Parteisuppe und treiben die Arbeiter und unser ganzes Volk immer tiefer ins Elend. Das dürfen wir Sozialdemokraten nicht länger mit verschränkten Armen zusehen. Wir müssen ihnen die Larve vom Gesicht reißen und ihre Verbrechen am Volk aufdecken. In diesem Augenblick versucht man im Ruhrrevier Stimmung für einen Generalstreik zu machen. In einem Flugblatt, das der Spartakusbund herausgegeben hat, heißt es: Die U. S. P. hat in vielen Städten den Generalstreik erklärt. „Fördert keine Tonne Kohle mehr", heißt es darin. „Legt die Eisenbahnen still", Eisenbahner und Bergarbeiter werden aufgefordert, noch vor dem 1. Februar loszuschlagen. „Jetzt oder nie." Es ist wohl nicht anzunehmen, daß die Arbeiterschaft in ihrer Mehrheit dieser Parole folgen wird. Die Streiks im Hamborner Bezirk sind so gut wie zusammengebrochen. Eine Generalstreikprobe in Düsseldorf ist geradezu kläglich verlaufen. Aber es ist notwendig, daß den Arbeitern gesagt wird, wie wir wirtschaftlich stehen und welche politischen Folgen ein solcher Putsch haben muß. Wenn eine weitere Verschärfung des Belagerungszustandes eintreten müßte, dann ist dies nicht der Regierung, sondern den kommunistischen Drahtziehern und ihren unabhängigen Helfern und Nachläufern zuzuschreiben. Aus dem Gewittergrollen darf unter keinen Umständen ein Gewitter werden. Die niederfahrenden Blitze würden unser ganzes Wirtschaftsgebäude in Brand setzen.

Kennzeichnend für die Wühlarbeit der Linksradikalen sind auch die Angaben nachstehenden Drahtberichts: In den Betrieben von Berlin werden täglich Aufrufe und Handzettel der Kommunisten und Unabhängigen verbreitet. In einem der vom kommunistischen Komitee zur Förderung der Diktatur des Proletariats herausgegebenen Flugblätter heißt es: Genossen! Proletarier! Einig, geschlossen und stark werden wir der Reaktion gegenüberstehen uns nicht auf das Gewinsel der Sozialpatrioten werden wir hören, die die Hauptschuld an unserem jetzigen Elend tragen, nein, auf die Basis des Klassenkampfes werden wir uns stellen. Hinwegfagen werden wir die Kompromißler. Macht euch bereit zum Kampf. Proletarier, es gilt die Fahne der Empörung zu entfalten, darum steht auf alle wie ein Mann und kämpft um den Sieg, für die Befreiung der Menschen, für die Kommune, für die Gleichheit, für die Weltrevolution!" — Das sind so einige Kraftstellen.

Auch „Der revolutionäre Arbeiter" fordert auf zum praktischen „erbarmungslosen Klassenkampf, der zum Ziel hat die Weltrevolution". — Hier muß zur Abwehr geschritten werden.

Die Schuld der Unabhängigen.

Urteil eines Kommunisten.

In der Hamburger „Kommunistischen Arbeiterzeitung" ist ein überaus interessanter Aufsatz des Kommunisten Fritz Wolffheim erschienen. Dieser Aufsatz strotzt die schwersten Anschuldigungen gegen die Unabhängigen, die dafür verantwortlich gemacht werden, daß es vor dem Reichstage zu den bekannten traurigen Ereignissen gekommen ist. Wolffheim bezeichnet die Führer der Unabhängigen als „Hazardeure der Revolution" und macht interessante Angaben über das Verhalten dieser Führer während der Massendemonstration. Wolffheim betont nachdrücklichst, daß die Kommunisten es durchaus ablehnen, zu bestreiten, daß ihre Ziele sich anders verwirklichen ließen, „als durch den gewaltsamen Sturz der Regierung". Aber gerade weil die Kommunisten dies durchaus zugeben, müßten sie andererseits sich mit aller Energie dagegen zur Wehr setzen, wenn heute versucht werde, die Kommunisten für eine Aktion haftbar zu machen, „die ohne ihr Zutun einsetzte, die gegen ihren Willen eingeleitet wurde und bei der eine Regie zustage trat, die mit Naturnotwendigkeit zu zweck- und sinnlosen Aufopfern des revolutionären Proletariats führen mußte".

Die Arbeitsleistung in den Eisenbahnwerkstätten.

Der Reparaturzustand der Lokomotiven ist, obwohl das Lokomotivpersonal sich der Pflege seiner Maschinen mit erfreulicher Sorgfalt widmet, wiederum erheblich gestiegen, weil die Leistungen der Werkstätten ständig zurückgehen. Auch die Zahl der auf Ausbesserung wartenden aber wegen der ungenügenden Arbeitsleistungen der Werkstätten noch nicht in Arbeit genommenen Reparaturlokomotiven ist infolgedessen weiter in die Höhe gegangen. Während sie sich im letzten Halbjahr 1919 auf 1500 bis 1700 hielten, haben sie Mitte Januar 1920 weit über 1900 betragen.

Neue Bedingungen in den Eisenbahnwerkstätten.

Berlin, den 24. Januar. Das WTB. meldet: Alle bisherigen Bemühungen der Eisenbahnverwaltung, die Leistungsfähigkeit der Eisenbahnwerkstätten zu heben, haben keinen genügenden Erfolg gehabt. Auch den zu diesem Zweck eingeführten Arbeitervertretern ist es nicht gelungen, das Arbeitsergebnis zu bessern. Die Leistungen der Werkstätten sind vielmehr nach vorübergehender Besserung im Herbst in den letzten Monaten ständig gesunken. Die Gefahr einer gänzlichen Stillegung des Eisenbahnbetriebs rückt infolge der Knappheit an rollendem Material immer näher. Gleichwohl verschlingen die Werkstätten riesige Zuschüsse. Die Regierung hat auf die hierin für die Arbeiterschaft liegenden Gefahren seit langem hingewiesen. Sie sieht sich nunmehr gezwungen, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem Volk, die besonders unwirtschaftlich arbeitenden Werkstätten Berlin I und II, Breslau II und IV, Stargard, Schaldsbrüt (Bez. Hannover), Datmstadt I und II, Salbke (Bez. Magdeburg), Frankfurt a. M., Jena, Gotha und Königsberg in Preußen vom 26. Januar ab zu schließen und sämtlichen Arbeiter unter gleichzeitigem Verzicht auf weitere Dienste zu kündigen. Die Werkstätten werden demnächst unter neuen Bedingungen geöffnet, die eine Wirtschaftlichkeit und erhöhte Arbeitsergebnisse ermöglichen. Die Wiederaufnahme sämtlicher bisher beschäftigten Arbeiter ist unmöglich. Aufgenommen werden nur diejenigen Arbeiter, die sich schriftlich zu einer tändigen Akkordarbeit auf Grund des neu vereinbarten Tarifvertrages und zu einer täglichen Arbeitszeit von vollen acht Stunden verpflichten. Die mit den Gewerkschaften geführten Tarifverhandlungen erkennt die Regierung an. Die neuen Tarife werden die Grundlage für die Festsetzung der Sätze bilden. Die Regierung bietet damit der Arbeiterschaft die Möglichkeit, bei guten Leistungen noch mehr als die Tariflöhne zu verdienen.

Erneute Steigerung der Kohlenförderung in England.

Folgende vom „Economist" gebrachten Zahlen über die Kohlenförderung in Großbritannien lassen eine neue Steigerung erkennen. Die wöchentliche Fördermenge (in Tonnen) betrug:

in der Woche bis	
15. 11. 19 . . .	4 679 402 Tonnen
22. 11. 19 . . .	4 707 878 Tonnen
29. 11. 19 . . .	4 762 729 Tonnen
6. 12. 19 . . .	4 808 524 Tonnen

Die Menge der letzten Woche ist die höchste nicht nur seit Einführung der Siebenstundendschicht Mitte Juli, sondern auch seit der letzten Marwoche, wo die Fördermenge 4 812 505 Tonnen betrug.

Unrichtige Entwürfe der neuen Besoldungsordnung im Buchhandel.

Berlin, 26. Januar. (WTB.) Im „Beamtenverlag" Berlin N. 4 ist der angeblich „amtliche Entwurf der neuen Besoldungsordnung erschienen. Die zur auf einen Vertrauensbruch zurückzuführende Veröffentlichung bietet Angaben, die zum Teil unrichtig, zum Teil überholt sind, und zu denen im übrigen, was die mitgeteilten Gehaltssätze anbetrifft, weder im Reichsfinanzministerium endgültig, noch von der Reichsregierung überhaupt Stellung genommen ist. Die Beamtenschaft wird über den Stand der Besoldungsfrage amtlicherseits auf dem Laufenden gehalten. Sie kann nur wiederholt gewarnt werden, sich durch unzuverlässige Bekanntmachungen und umlaufende Gerüchte, die sich den Anschein des „Amtlichen" geben, irreführen zu lassen.

Die schweren Tage.

Die bittersten Tage des Friedens sind nunmehr gekommen. Ein Stück deutschen Landes nach dem andern muß geräumt und feindlicher Heeresmacht preisgegeben werden. Glücklich noch die, die wenigstens durch Abstimmung über ihr Schicksal entscheiden können; die meisten werden einfach durch fremde Gewalt ins Joch gebeugt. Wir wollen hoffen, daß bei den Abstimmungen in Nordschleswig, Oberschlesien und Südostpreußen wie auf dem westpreußischen Abstimmungsgebiet bei Marienwerder jeder Deutsche seine Schuldigkeit tut. Wer dort geboren ist, muß zur Abstimmung zur Stelle sein, um das Land seiner Geburt für Deutschland zu erhalten.

Trostlos bleibt in diesen trüben Tagen der einzige Trost, daß endlich die ersten Züge abgefahren sind, um unsere Gefangenen aus Frankreich zurückzuholen. Sie kommen in ein geschlagenes, niedergebrochenes Land, selbst geschlagen und niedergebrochen durch vieljährige Kerkerhaft hinter Drahtgittern. Land und Volk müssen sich in hingebender Arbeit und strafter Selbstzucht allmählich wieder aufrichten. Die Weltgeschichte ist mit dem Januar 1920 nicht zu Ende. Das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes wird sich durchsetzen, umso rascher, je rascher das deutsche Volk sich selber wieder findet.

Kurze Notizen.

Die neue preußische Verfassungsvorlage wird in der nächsten Woche vom Staatsministerium verabschiedet werden und geht alsdann der Landesversammlung zu. Die Vorlage zählt 59 Artikel und behandelt in 10 Abschnitten die Rechte der Bürger, die Stellung des Parlaments, das Wahlrecht, die Selbstverwaltung der Provinzen und Gemeinden, das preußische Bankrecht, die Stellung der Staatskommissare, die Schulfragen, das Verhältnis zwischen Staat und Kirche, die staatlichen Kommunikationsmittel und die Finanzierung des Staates.

Die Verkürzung bei Schulentlassung. Die nach Artikel 119 Absatz 3 der Reichsverfassung an die Schüler nach Beendigung der Schulpflicht auszuhändigenden Abdrücke der Verfassung werden bei Schluß des diesjährigen Schuljahres zum ersten Mal von Reichswegen zur Verteilung kommen.

Weitere Zeitungsverbote. Im Hamburger Befehlsbereich sind verboten worden: „Der Kämpfer", „Die Rote Fahne", „Die Freiheit", „Der Kommunist" und „Die Freiheit" — Die Reichswehrbrigade 11 hat das Blatt „Der Kommunist", Organ der Kommunisten Deutschlands (Spartakusbund) Bezirk Thüringen, bis zum 11. Februar einschließlich verboten.

Die Räumung von Grudziadz. Von amtlicher militärischer Seite wird gemeldet, Grudziadz ist Freitag mittag ohne Zwischenfall geräumt worden. Es fanden gewaltige deutsche Kundgebungen fast der gesamten Bevölkerung statt. Die Polen rückten unmittelbar nach der Räumung ein.

Die deutsche Flagge wird gegrüßt. Laut „Nieuwe Rott. Cour" hat die britische Admiralität Befehl gegeben, daß in Anbetracht der Wiederherstellung des Friedenszustandes zwischen dem britischen Reich und Deutschland die deutsche Flagge wieder gegrüßt werden muß.

Werbt neue Leser für Euer Blatt!

Die Hölle.

(6) Roman von Henri Barbusse.

Allein berechtigte deutsche Uebersetzung von Max Hochdorf.

(Copyright by Max Rascher, Verlag A.-G., Zürich)

(Nachdruck verboten.)

„Der Kochbazillus, das ist nicht nur die Tuberkulose, die sich in der Lunge, im Kehlkopf, in den Gedärmen und in den Knochen festsetzt. Landouzy weist sie auch im Blutwasser nach und Kuß in den kalten Geschwülsten." So erklärte noch immer der Junge.

Der alte Gelehrte, dessen Blicke gespannt und ernst waren, mischte sich wieder ein, und er fragte: „Hat man denn übrigens ganz vollständig die unermeßliche Mannigfaltigkeit der Beschäftigungen aufgezählt, die tuberkulösen Ursprungs sind? Nehmen wir die Lungenschwindsucht, denn bei dem erwachsenen Patienten ist die Lunge immer angegriffen. Das Erscheinen von Lungentuberkulose ruft die Bildung von Tuberkeln hervor. Es sind das kleine Geschwülste, die aufgezehrt werden, wenn die tragenden Gefäße nicht vorhanden sind. Werden sie aber erweicht und ausgehustet, dann führen sie das Verschwinden des Organs und den Erstickungstod herbei. Das Tuberkel ist im Grunde ein neu angepflanzter Körper. Der Kochbazillus ist ein neoformans, etwas also, das die Neupflanzung anlegt. Uebrigens ist jeder Kleinkörper im Organismus ein neoformans. Es ist das mehr eine allgemeine Aussage über die allgemeine Schöpferkraft des Tuberkels als eine wissenschaftliche Festlegung seines Charakters. Diese Kraft haftet dem Tuberkel an wie ein homerisches Beiwort. Der Tuberkel vermehrt sich, aber er bleibt klein. Darum hat ihn Virchow ein armes „neoplasma", ein armes Neugebilde, genannt."

•

„Aber bei den Straßburg'er Kranken mit nervöser Niedergeschlagenheit und niedriger Temperatur kann der Fremdkörper des Tuberkels nicht heranreifen. — In das Gäste erzeugende Blut tritt an mit Hilfe des Nahrungsstoffes ein. Das Blut wird mit Säftestoff überlastet, und die Trägheit der Blutadern setzt diesen menschlichen Zucker, der von der erhöhten Temperatur nicht mehr aufgebraucht werden kann, in übermäßiger Menge auf den anatomischen Elementen der passiven Drüsengewebe ab. Dann entsteht auf kaltem Boden, was man eine reiche 'Neoplasie', eine Neuanpflanzung, nennen könnte. Anstatt mehrerer Tuberkeln bleibt nur eine, die ins Ungeheure wächst. Das ist der Krebs in allen seinen Formen und mit allen seinen Namen: Sarkom, Karzinom, Hautkrebs, harte Geschwulst und Blutwasserkrebs. Der Krebs ist also das ungeformte Erzeugnis aus der Anhäufung des Süßstoffes bei einem erwachsenen und geschwächten Stoffwechselkranken, der kein Fieber hat."

Der alte Gelehrte sagte: „Ja, ja, das ist möglich. Aber der Beweis? Schöne Theorie, aber welche praktische Bestätigung? Denn es ist doch immerhin ein morphologischer Unterschied zwischen der Geschwulst und dem Tuberkel vorhanden." Widerstand zu leisten und seine Beweisstücke aus seiner Wissenschaft und seiner Erfahrung hervorzuholen. Doch der andere erwiderte:

„Prüfen wir eine Anzahl verschiedener Geschwülste, dann stellen wir fest, daß die Zahl der Geschwülste im umgekehrten Verhältnis zur Körperwärme des Menschen steht, der die Geschwülste erzeugt."

Er fand in seinem Kopfe Tatsache und Ziffern wieder. Er schleuderte sie vor sich hin wie Waffen. Der Eifer beseelte ihn, eine vollständige und unerbittliche Erklärung zu liefern. Denn er wollte seine umfängliche Idee von der einzigenden Verschlingung all dieser Probleme verteidigen. Wie diese Einzelheit in das Wesen der ganzen Menschheit zugleich so große, dramatische Bewegung hineinbrachte! Der junge Arzt sagte: „Bei einer Temperatur von vierundvierzig bis zu fünfundvierzig Graden entwickelt sich die fortschreitende Tuberkulose mit ihren fast mikroskopischen und zahllosen Geschwülsten. Von vierzig bis einundvierzig entwickelt sich die hirsige Tuberkulose, denn ihre Produkte haben die Größe von Hirsekörnern. Von neununddreißig bis zu vierzig Grad ist es die gewöhnliche körnige Tuberkulose. Von achtunddreißig bis zu neununddreißig Grad die linsenförmige Tuberkulose. Von siebenunddreißig bis zu achtunddreißig Grad ist es eine langsam fortschreitende Tuberkulose mit dicken Knoten an der Oberfläche. Bei siebenunddreißig Grad gehen knotige Geschwülste von sehr großem Umfang in die kalten Geschwülste und die Vorgeschwülste. Bei sechsunddreißig und ein Grad entstehen die umfangreichen Geschwülste der Rinderschwindsucht. Bei achtunddreißig Grad entdecken wir die dunklen und gewölbten Geschwülste, die den Körper der Fische entstellen, wie Dubard gezeigt hat."

Nachdem er derart seine Beispiele aufgehäuft hatte, hielt er ein. Dann aber fuhr er fort: „Man kann durch das Experiment den Uebergang der einen Erkrankung in die andere hervorrufen. Man nimmt ein Kaninchen, dem man die Tuberkulose einimpft. Zeigt das Tier deutliche Merkmale von Ansteckung, dann verwandelt man es durch einen schleunigen Einschnitt beim letzten Gehirnwirbel und beim ersten Rückenwirbel in einen Kaltblüter. Stirbt das Tier an Lähmung, dann sieht man bald, wie sich am Unterleibe oder an den Gelenken eine Geschwulst bildet, die vollständig Natur und Erscheinung des Krebses zeigt."

Er blickte seinem Kollegen gradaus ins Gesicht und sagte: „Ich erinnere mich an das, was Backer sagte: ‚Wir haben den Gang der Tuberkulose und des Krebses zugleich beobachtet, und wir haben gesehen, daß der Krebs keinen Nahrungsboden mehr fand und austrocknete, sobald die Tuberkeln wahrnehmbar waren und sich unter einer Temperatur von mehr als achtunddreißig Grad entwickelten.' Im allgemeinen," fügte er hinzu, „ist es die Tuberkulose, die das Feld beherrscht. Auf die Bildung und innere Verteilung des Zuckers, darauf kommt alles an. Diese Verteilung wird geregelt durch die Wärme des Organs, die den Zucker bei dem Tuberkulösen nach und nach aufbrennt. Bei dem Krebskranken fehlt die Wärme, und der Zuckerstoff sammelt sich an. Der Krebs ist zuckrig. Dr. Backer hat diesen Vorgang ins rechte Licht gesetzt, indem er aus der krebsartigen Krankheit eine Art gebundener Zuckerkrankheit macht. Man hat das Vorhandensein von Zucker in den Krebsgeschwülsten festgestellt, indem man aus den Abwässern der Krebsgebilde Kognak hergestellt hat. Ich habe dieses Experiment selbst wiederholt. Ich habe mir zehn Kilogramm von Krebsgebilden verschafft, die aus Operationen herstammten, die man an zwei Vormittagen in den Pariser Spitälern vorgenommen hatte. Diese Masse ist ausgetrocknet und nachher zermalmen worden. Sie hat zwei Liter eines trüben und stinkenden Saftes geliefert. Das Ganze entzieht mehr Zucker als der Urin eines schwer zuckerkranken Menschen. Es wurde mit Säftestoff durchsäuert und der Saft lieferte eine heftige und sehr aromatische Gärmasse.' Das Alkoholometer zeigte sechs Grad. Beim Brennkolben habe ich einen sechzigprozentigen Alkohol erzielt, aus dem ich dann nachher diesen Laboratoriumtrank bezogen habe."

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200126-18/fragment/page=0003

Amtliche Bekanntmachungen für Halle a. d. S.

Bekanntmachung

betr. Ausdrusch des Brotgetreides.

Die Herren Unternehmer landwirtschaftlicher Betriebe werden darauf aufmerksam gemacht, daß zufolge Anordnung des Herrn Staatskommissars für Volksernährung der Herr Regierungspräsident auf Grund der §§ 5 und 80 Ziffer 12 der Reichsgetreideordnung den sofortigen **allgemeinen Ausdrusch des Brotgetreides bis zum 1. März 1920 angeordnet hat.** Die Lieferung von Druschkohlen wird sichergestellt.

Halle, den 24. Januar 1920. **Der Magistrat.**

Lebensmittel-Kalender.

Verkauf von Cornedbeef. In der laufenden Woche wird bei den Fleischern für jede Person eines Haushaltes 100 Gramm Cornedbeef verabfolgt. Der Verkauf erfolgt am Mittwoch, den 28. Januar d. Js. unter Abtrennung der Marken 2 A und 2 B — bei den Kinderkarten der Marke A — der Reichsfleischkarten für die Woche vom 26. bis 31. Januar. Der Verkaufspreis beträgt 1.10 Mark für 100 Gramm. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Markenabschnitte in üblicher Weise bis zum 31. Jan. an das Stadternährungsamt abzuliefern.

Der Verkauf von Quark erfolgt am Dienstag, den 27. Januar auf den Abschnitt 21 für die eingetragenen Kunden bei den Milchhändlern Brockhaus, Ludwigstraße 26, Percholz, Weißenburgstr. 12 und Francis, Dieskauer Str. 6. Auf jeden Abschnitt wird ½ Pfund Quark zum Preise von 78 Pfg. abgegeben. Die abgetrennten Abschnitte sind bis Donnerstag, den 29. Januar abzuliefern.

Kondensierte Milch. Für Kinder vom 6. bis 12. Lebensjahre wird für die Woche vom 26. bis 31. Januar auf den Abschnitt 22 des Einkaufsscheines für Molkereierzeugnisse 1 Pfund kondensierte Milch zum Preise von 3.30 Mark abgegeben. Der Verkauf erfolgt vom Dienstag, den 27. bis Freitag, den 30. Januar bei den zum Quarkverkauf zugelassenen Milchhändlern. Diejenigen Haushalte, welche etwa nicht beliefert werden können, werden bei der nächsten Verteilung berücksichtigt. Die Abschnitte des Einkaufsscheines über Molkereierzeugnisse sind bis spätestens Dienstag, den 3. Febr. dem Stadternährungsamt, Abteilung II, abzuliefern.

Städtischer Verkauf von Zwieback und Keks an Kinder bis zu 12 Jahren, Jugendliche von 12 bis 17 Jahren und alte Leute über 70 Jahre in der Talamtschule, **am Dienstag, den 27. Januar.** Zugelassen zum Einkauf werden die Inhaber der Nummern der Lebensmittelscheine 18001 bis 27500 vorm. von 8 bis 12 Uhr und die Inhaber der Nummern 27501 bis 37000 nachmittags von 2 bis 6 Uhr. Gegen Vorlage des neuen Lebensmittelscheines erhalten die zum Bezug berechtigten Personen ein Paket Zwieback zum Preise von 65 Pfg. oder ein Paket Keks zum Preise vom 60 Pfg. Abgezähltes Geld ist bereitzuhalten.

Haferflocken. Auf Grund der Bundesratsverordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915 wird der Verkauf von Haferflocken wie folgt geregelt: Der Verkauf beginnt am Dienstag, den 27. Jan. Für jede Person eines Haushaltes werden 150 Gramm abgegeben. Der Verkaufspreis beträgt 2.20 Mark für das Pfund. Die Käufer sind verpflichtet, bei denjenigen Verkäufern die Haferflocken einzukaufen, bei welchen sie für den Bezug von Kolonialwaren in die Kundenlisten eingetragen sind. Die Abgabe erfolgt unter Abtrennung der Marke 465 des Warenbezugsscheines 28. Die Verkäufer sind verpflichtet, die Marken zu Hunderten gebündelt im Stadternährungsamt, Marktplatz 22, 1. Obergeschoß, Saal links, binnen 8 Tagen unter Angabe ihres Waltbestandes einzureichen. Zuwiderhandlungen unterliegen der Feststrafung nach § 17 der Verordnung vom 25. Sept./4. Nov. 1915.

Halle, den 26. Januar. **Der Magistrat.**

Walhalla-Operetten-Theater
Anfang 7 Uhr
Montag: Keusche Susanne
Dienstag: Faschingsfee
Mittwoch: Keusche Susanne
Kasse 10-1 u. 4-5

Gardinen

Selten günstiges Angebot!

- Gardinen-Meterware 19[50] — 100—140 cm breit 36,00 25,00
- Gardinen-Meterware 4[20] — 40—75 cm breit 10.75 7.50
- Spannstoffe grosse Auswahl 19[50] — 100—160 cm breit 35,00 27.50
- Gardinen-Mull 7[25] — 70—120 cm breit 22.00 12.50
- Etamine kariert und gestreift 12[50] — 100—150 cm breit . . 32.00 30.00
- Madras Ia. Qualität 21[00] — 130 cm breit 24.00
- Vitragen-Köper 14[50] — weiss u. creme, 80 cm breit 15.75

Sämtliches Zubehör zum Aufhängen der Gardinen vorrätig.

Entwürfe sowie Anfertigung von Gardinen und Bettdecken in modernster Ausführung im eigenen Atelier

- Gardinen abgepasst, 27[50] — 2 Flügel 28.50
- Künstler-Gardinen 88[00] — 3teilig 210.00 160.00
- Halbstores engl. Tüll und Erbstüll 88[00] — 160.00 110.00
- Scheibengardinen 6[00] — abgepasst . . . . Stück 10.50 9.75
- Bettdecken 180[00] — über 2 Betten . 375.00 230.00
- Tülldecken 18[00] — 150×150 cm 25.75 22.50
- Tüllkanten engl. Tüll und Erbstüll 3[25] — . . . Motor 8.00 6.00

Bettstellen für Kinder und Erwachsene in allen Preislagen.

Teppiche Bettvorlagen Läuferstoffe neu eingetroffen.

Kleinmöbel weiss lackiert, geschmackvolle Muster, grosse Auswahl.

Brummer & Benjamin.

Apollo-Theater
Nur noch 4 Aufführungen von
„Frl. Puck“,
Täglich volle Häuser!
Rechtzeitig Plätze bestellen!
Freitag, d. 30. J. u. 20
Erstaufführung:
„Eine Ballnacht“,
Oskar Straus' beste Operette.
Vorverkauf ist eröffnet.

Alte Sozialdemokrat. Partei.
Ortsverein Weissenfels.
Dienstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, findet in Schumanns Garten unsere fällige
Mitgliederversammlung
statt.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zu der Schulelternbeiratsfrage. Ref. Genosse Görsch, Lehrer, Halle.
2. Kassenbericht pr. 4. Quartal 1919.
3. Vorstandswahlen
Pünktliches vollzähliges Erscheinen aller Genossinnen und Genossen wird zur Pflicht gemacht. Eingeführte Gäste haben Zutritt.
Der Vorstand.

Städt. Theater
Dienstag, d. 27. Jan. 20, nachmittags 3 Uhr:
Vorletztes Gastspiel der Liliputaner-Gesellschaft:
Sneewittchen und die sieben Zwerge.
Abds. 7. Ende 10 Uhr:
Carmen.
Mittwoch nachm.:
Letztes Gastspiel der Liliputaner-Gesellschaft:
Sneewittchen und die sieben Zwerge.
Mittwoch abend:
Wilhelm Tell.

Wir empfehlen:
Arbeiter-Notiz-Kalender 1920
gebunden zum Preise von Mk. 3,50.
Buchhandlung der Volksstimme,
Grosse Ulrichstr. 27. — Bestellungen nehmen auch alle Austräg. entgegen.

Herrenzimmer,
dunkel Eiche, Schlafzimmer, echt Eiche und imitiert, lackierte und gestrichene Küchen verkauft
Max Jungblut,
Möbelgeschäft,
Albrechtstr. 37.

Sie werden staunen
über die hohen noch nie dagewesenen Preise, die ich für alte künstliche, auch zerbrochene
Gebisse,
Zähne und Platin zahle.
Kein Zahn unter 8 Mark, evtl. bis 40 Mark,
Brennstifte 40. 50. 60 Mark und höher,
Platin bis 125 Mark per Gramm.
Kaufe nur Montag, 26., von 2—7 Uhr abends u. Dienstag, 27., v. 10 Uhr früh bis 7 Uhr abds. im Hotel „Weltkugel“, Delitzscherstrasse 1. Ueberzeugen Sie sich selbst. Versuch lohnt. Kaufe auch von Zahntechnikern und Händlern.

Sozialdemokrat. Verein f. Halle u. Saalkreis. (Alte Partei).
Gegründet 27. März 1889.
Dienstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, im Saale der Weißbierhallen, Ecke Bernburgerstraße und Mühlweg.
Außerordentliche Mitgliederversammlung.
Herr Professor Waentig, Halle, spricht über den
Staatsbankerott.
Der Vortragende ist als Nationalökonom bekannt und wird das Thema von der volkswirtschaftlichen Seite erschöpfend behandeln. Der Staatsbankerott ist eine der wichtigsten politischen Tagesfragen. Jedes Mitglied muß hierüber unterrichtet sein. Deshalb versäume niemand die Versammlung. Nichtmitglieder haben gegen ein Eintrittsgeld von 50 Pfg. Zutritt. Mitglieder haben gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches freien Zutritt.
Der Vorstand.

Bestes Aufwasch-, Putz- und Reinigungsmittel für alle Zwecke!
Man spart Arbeit Seife und Geld!
Zu haben in:
Colonialwaren-, Drogen-, Küchengeräte- und Seifenhandlungen.
Prämiert „Hygiene“ Dresden 1911
Hersteller:
Chem. Werke Kemmlitz G. m. b. H.
Kemmlitz-Mügeln
Bez. Leipzig.
Bezirks-General-Vertrieb
Fa. Hermann Jentzsch,
Leipzig-Sellerhausen.

Schluss
der
Anzeigen-Annahme
vormittags 9 Uhr.

Delitzsch

Städtischer Lebensmittel-Verkauf.

Butter vom Dienstag, den 27. d. Mts. ab **25 Gramm für 30 Pfg.**
Kartoffeln 6. Woche, **5 Pfund**, das Pfund für 15 Pf.
Nährmittel für Kinder auf **Milchkarten für Kinder bis zu 2 Jahren** wöchentlich je ein halbes Pfund in den bekannten Bäckereien.
Speiseöl vom Dienstag, den 27. d. Mts. ab auf Butterkartenabschnitt 6. Woche **je 100 Gramm** für **1.45 Mk.**
Teigwaren Mittwoch, den 28. d. Mts. in allen Verkaufsstellen auf **je 1 Abschnitt Nr. 67** der Lebensmittelscheine **1 Pfund zu 1.18 Mk.**
Delitzsch, den 24. Januar 1920
Der Magistrat.

Bei Einkäufen
bitten wir unsere Parteigenossen und Leser sich auf die Inserate in der „Volksstimme“ zu beziehen.

Eine Lesemappe
darf in keinem Haushalt fehlen.
10 Zeitschriften nach Wahl von Mk. 6.— | pro Viertel-
6 Zeitschriften nach Wahl von Mk. 4.50 | jahr an.

Leipz. Illustr. Zeitung	Velhagen & Klasing
Berliner .	Westerm. Monatshefte
Ueber Land u. Meer	Südd. Monatshefte
Die Gartenlaube	Der Türmer
Daheim	Die Grenzboten
Das Buch für Alle	Prometheus
Gegenwart	Kunst und Dekoration
Universum	Deutsche Revue
Sonntagszeitung	Deutsche Rundschau
Blatt der Hausfrau	Neue Rundschau
Die Woche	Die Kunst
Welt und Haus	Kunst für Alle
Fürs Haus	Der Kunstwart
Deutsche Romanztg.	Sport im Bild
Kränzchen	Wild und Hund
Der gute Kamerad	Deutsche Politik
Der Bazar	Neue Musikzeitung
Wiener Mode	Fliegende Blätter
Die Dame	Meggendorfer Blätter
Die Modenwelt	Lustige Blätter
Mode und Haus	Jugend
Elegante Welt	Simplicissimus
Das neue Blatt	Kladderadatsch
Zukunft	Nord und Süd

Lesezirkel Francken & Lang,
Barfüsserstr. 7. — Fernruf 5307.

Ratgeber für Amtsvorsteher.
Unentbehrliches vollständiges Nachschlagewerk,
herausgegeben vom
Soziald. Bezirks-Vorstand des Agit.-Bez. Mittelschlesiens, Breslau.
Preis 6 Mk.
Vorrätig in der
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.
Die Lieferung erfolgt auch durch die Zeitungsträgerinnen.

Stellen finden.

Tüchtige **Möbeltischler** gesucht.
Stundenlohn: verh. 3.30-3.40 M., unverh. 3.10-3.20 M.
Munkwitz & Sohn. Gr. Steinstr. 27/28.

Tüchtige Maurer
für **dauernde Arbeit** auf meine Bauten nach **Filmfabrik und Farbenfabrik Wolfen bei Bitterfeld** laufend gesucht. Meldungen an den Eingängen beider Werke.
Carl Lingesleben, Baugeschäft
für Hoch- u. Tief-, Eisen- u. Eisenbetonbau,
Halle-Saale.

Soeben sind wieder eingetroffen:
Hamburg unter der Regierung des Arbeiter- und Soldatenrats.
Von Paul Neumann.
Enthaltend: Auszüge aus den stenographischen Protokollen, Verordnungen u. Bekanntmachungen nebst Abbildungen.
Zum Preise von Mk. 4.— zu beziehen durch die
Buchhandlung der Volksstimme,
Große Ulrichstraße 27.
Alle Austräger nehmen Bestellungen darauf entgegen.

Kachelöfen, Herde u. Wandbekleidungen
sowie Umsetzen u. Reinigen von Oefen liefert preiswert
Carl Böhme, Ofenfabr.
Halle, Scharrenstrasse 8.
Telephon 2308.

15—25 Mark
gar. dauernden tägl. Verdienst für Jeden. Leichte, saub. u. angen. Hausarb. Kein Wiederverkauf. Entfernung gleich. Anleitung samt Arbeitsmuster wird bei Arbeitsaufn. gratis beigelegt. Bei Anfrage zu bemerken: Für Abteilung B. Namens-Karten-Verlag J. Wachs, Chemnitz, Petersstr. 9.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200126-18/fragment/page=0004

Partei-Angelegenheiten.

Sozialdemokratischer Verein für Halle. Am Dienstag, den 27. Januar, abends 7 Uhr, findet im Saale des „Weißbiersalons", Bernburger Straße (Ecke Mühlweg) eine **außerordentliche Mitgliederversammlung** statt, in der **Prof. Dr. Waentig über den Staatsbankerott** reden wird. Kein Genosse darf diesen wichtigen, hochinteressanten Vortrag versäumen. Vollzähliges und pünktliches Erscheinen erwartet

Der Vorstand.

Nichtmitglieder haben gegen ein Entgelt von 50 Pfg. Zutritt.

Die Kapitalisten werden nervös!

Taumel an den Börsen, wahnsinnige Kurssteigerungen der Spekulationspapiere ohne Rücksicht auf Rentabilität und Dividenden machen sich kraß bemerkbar. Diese Ueberflutung der Börsen und Banken mit Aufträgen hat zu einer Schließung der Börse bis zum nächsten Dienstag geführt, um die Aufträge aufarbeiten zu können.

Die Ursache ist die Flucht vor den deutschen Marktzetteln. Den Kapitalisten graut vor ihren eigenen wüsten Spekulationstrieben. Dieses Abstoßen der deutschen Mark in das Ausland und das Hamstern ausländischer Zahlungsmittel bzw. von Guthaben im Ausland muß, wie jedes Kind einsehen kann, zu einer weiteren Entwertung der deutschen Valuta, d. h. des Preises für deutsche Zahlungsmittel, notwendig führen. Wenn der Deutsche zum eigenen Geld kein Vertrauen mehr zeigt, wie kann er dann erwarten, daß die Ausländer es haben wollen. Und dennoch ist das, Gott sei Dank, der Fall, wie das holländisch-deutsche Kreditabkommen zeigt, durch das Deutschland einen 200-Millionen-Gulden-Kredit erhalten hat.

Das „Berliner Tageblatt" berichtet, daß nach Meinung der Banken:

„insbesondere dadurch Sabotage an der deutschen Valuta getrieben werde, daß die Gegenwart für exportierte Waren in immer größerem Umfange im Auslande stehen gelassen würden, zum Teil aus Gründen der Kapitalflucht, zum größeren Teil allerdings deswegen, weil viele Firmen der Ansicht sind, daß sie sich nur auf diese Weise Valuten zum späteren Einkauf von Rohstoffen sicherstellen können. Der nach wie vor große deutsche Import werde infolge dieser Thesaurierung der ausländischen Devisen immer mehr durch Zahlungen in Mark beglichen, und daraus ergebe sich der wachsende Druck auf die deutsche Valuta. Leider ist die im Werden begriffene neue Ausfuhrregelung noch nicht so weit gediehen, daß eine derartige, für die deutsche Valuta ruinöse Hamsterei von Auslandsguthaben wirksam verhindert werden kann. Ob sich die Mißstände ganz werden abstellen lassen, erscheint leider überhaupt zweifelhaft. Es ist jedenfalls beschämend, daß die Holländer den deutschen Kredit, wie der Abschluß des Abkommens zeigt, sichtlich höher einschätzen, als dies viele deutsche Kaufleute tun."

Die Sucht, ausländische Zahlungsmittel zu erhalten, hat dazu geführt, daß große Beträge rumänischer Noten über die deutschen Grenzen kommen. Die rumänische Regierung erhält dadurch in Gestalt der Mark für die Bezahlung ihrer Einfuhr ein Zahlungsmittel, das im neutralen Auslande, besonders in der Schweiz, doch noch lieber genommen wird, als der rumänische Lei, da man ein Uebergreifen des Bolschewismus befürchtet. Auch die polnische Regierung hat es in ähnlicher Weise verstanden, einen Teil ihres Einfuhrbedarfes durch Verkäufe von Marknoten im Auslande zu finanzieren. Die Deutschen in den jetzt an Polen übergehenden Gebieten sahen sich genötigt, ihre Markbestände in die polnische Landeswährung umzutauschen. Die Flucht vor der Mark hat aber auch dazu geführt, daß reichsdeutsche Kreise sich polnische Noten hingegen.

100 holländische Gulden kosteten:

am 8. Januar	1890	Mk.
„ 9. „	1965	„
„ 13. „	2010	„
„ 16. „	2100	„
„ 21. „	2409	„
„ 22. „	2497½	„

An der Genfer Börse wurden am Mittwoch nur mehr 7 Centimes für die Reichsmark und 1,10 Centimes für die österreichische Krone notiert. Dieser hohe Guldenkurs ist für Holland selbst nicht im geringsten ein Vorteil, denn der Valutahochstand bewirkt in Holland bei ständig steigendem Zinsfuß krisenhafte Preisrückgänge für einheimische und besonders koloniale Erzeugnisse. Gegenüber massenhafter Vorratshäufung fehlt der Absatz, die Länder mit entwerteter Währung vermögen die dringend benötigten Waren nicht mehr zu bezahlen. So fanden in den Januarversteigerungen von Tabak, Tee und Gewürzen trotz gesunkener Preise die Angebote nur zum kleinsten Teile Aufnahme. Auch die auf Export angewiesenen Industrien sind bedroht, besonders da die in Gulden zahlbaren Löhne verdoppelt und verdreifacht sind, so daß Arbeitslosigkeit unvermeidlich wird. Die Beratungen der maßgebenden Finanzleute über die Valutafrage sind bislang ohne Ergebnis geblieben; niemand ist imstande, einen Weg zur Lösung zu finden.

Aus dem Vorstehenden ersehen wir auch, aus welchem Grunde Holland uns so bereitwillig Kredit verschafft hat. Es braucht dringend Käufer für seine Produkte, deren Absatz durch den hohen Guldenkurs ins Stocken geraten ist.

Die Panik der Kapitalisten verpflichtet uns, alle diese Vorgänge mit besonderer Ruhe zu betrachten, um klar sehen zu können. Ziehen wir die Lage im Ruhrgebiet, die Eisenbahnerstreiks, die Ernährungslage usw. in den Kreis mit hinein, so ist das Gesamtbild sicher wenig erfreulich. Die schwere Schuld an dieser Lage trägt das Kapital, das mit seiner Machtposition schwersten Mißbrauch getrieben hat. Es demoralisiert das Volk und flüchtet, sowie es sieht, daß im eigenen Bau die Sache brenzlich wird. Gewiß beweisen die Milliarden, die in Form von Kapitalerhöhungen von deutschen Kapitalisten der Industrie zugeführt werden, daß auch Kreise da sind, die der Lebenskraft unserer Wirtschaft volles Vertrauen entgegenbringen. Jedenfalls droht aber sichtbar die Gefahr, daß die wilden Kapitalisten und Kriegsgewinnler der Führung der noch verantwortlich fühlenden Kapitalistenkreise sich völlig entziehen.

Alle die, deren einziges Kapital ihre Arbeitskraft ist, die den wilden Spekulationen so fern stehen, müssen mit kühler Besonnenheit diese krisenhaften Erscheinungen verfolgen. Nur Organisation der Wirtschaft bringt uns aus diesem Chaos heraus. Wenn die Kapitalisten das nicht richtig erkennen, so werden sie ja diejenigen sein, die das Fehlen der notwendigen Zusammenfassung aller Kräfte zu planmäßiger Wirtschaftsführung am schwersten zu büßen haben werden. Nur eins wird ent- seinen Wert behalten, und das ist die Arbeitskraft.

Aus dem Stadtkreis.

Halle, 26. Januar 1920.

Arbeiterpresse und Kapitalistenpresse.

Es hat keinen Zweck, sich dem Ernst unserer augenblicklichen Situation zu verhehlen. Unsere Parteipresse ist in Gefahr! Die mannigfachen Gründe hierfür sind wiederholt auseinandergesetzt worden. So wurde auch auf die steigenden Unkosten für Papier, die sich etwa verzehnfachten, für Löhne, Material, Transportmitteln usw. verwiesen. Von Monat zu Monat sind die Zeitungen gezwungen, die Abonnementspreise heraufzusetzen und noch ist in jener sprunghaften Entwicklung, die dieses von den Zeitungsverwaltungen am meisten bedauerte Vorgehen bedingt, keine Abänderung abzusehen. Nun besteht die große Gefahr, daß der Leser in der Annahme, die Zeitungen gehörten nicht zu den unbedingt lebensnotwendigen Dingen, diese abbestellt. Was das jedoch für die Gesamtheit zu der er doch letzten Endes selbst gehört, bedeutet, ist in seinen Folgen gar nicht abzusehen. Die Presse ist heute, im Zustande des kapitalistischen Systems, ein politischer Faktor aller ersten Ranges geworden, der nicht nur Geschehenes wiedergibt, sondern auch auf den künftigen Gang der Dinge von überraschendem Einfluß sein kann. So würde ein Eingehen der sozialistischen Blätter eine Schwächung der von unserer Partei befolgten Politik bedeuten, der die zur Verbreitung ihrer Ideen notwendige Grundlage entzogen würde. Was das heute in einer Zeit, in der die geeinte Reaktion feindselig der Sozialdemokratie gegenübersteht zu bedeuten hat, braucht nicht im Einzelnen auseinandergesetzt zu werden. Denn die gleiche Gefahr, die uns droht, ist für die der kapitalistischen Presse nicht zu gewärtigen. Dieser stehen ganz andere Geldmittel als Fond zur Verfügung, sodaß sie in der Lage wäre, die Oeffentlichkeit einseitig lediglich von ihrem privatwirtschaftlichem Interessenstandpunkte aus zu informieren. Es muß deshalb seitens der Behörden alles Notwendige geschehen, um den Kampf der Presse um ihre Existenz zu erleichtern. Aber auch die Treue der Leser ihrem Parteiblatt gegenüber ist eine Vorbedingung für die Erhaltung der Presse und den Sieg der Sozialdemokratie.

Im sozialdemokratischen Verein für Halle

spricht am Dienstag, den 7. Jan., abends 7 Uhr, im Saale des Weißbiersalon, Bernburger Straße, Ecke Mühlweg, in einer außerordentlichen Mitgliederversammlung

Herr Professor Waentig, Halle

vom Standpunkt des Nationalökonomen aufklärend über das wichtige, hochinteressante Thema:

Der Staatsbankrott.

Kein Mitglied darf fehlen. Nichtmitglieder haben gegen ein Entgelt von 50 Pfg. Zutritt.

Die Bestimmungen über die Elternbeiräte.

1. Allgemeines. In jeder Schule wird ein Elternbeirat gebildet. Er soll der Förderung und Vertiefung der Beziehungen zwischen Schule und Haus dienen und den Eltern wie den Schülern die Arbeit miteinander und den Einfluß aufeinander gewährleisten.

2. Zusammenstellung und Wahl. Der Elternbeirat setzt sich nur aus Vertretern der Elternschaft zusammen. Der Leiter der Schule und die Mitglieder des Lehrerkollegiums nehmen in der Regel an den Sitzungen des Elternbeirates mit beratender Stimme teil, doch kann der Elternbeirat auch ohne ihre Zuziehung tagen. Der Elternbeirat wird in geheimer Verhältniswahl nach folgender Wahlordnung gewählt: Auf je 50 Kinder einer Schule entfällt ein Beiratsmitglied; Mindestzahl der Mitglieder fünf. Die Wahl erfolgt auf zwei Jahre. Ein Elternbeiratsmitglied scheidet aus, wenn sein Kind die Schule verläßt. Es wird durch den nächsten Kandidaten seiner Liste ersetzt.

3. Erste Einberufung. Der Schulleiter beruft acht Tage nach erfolgter Wahl die Gewählten, die aus sich heraus den Vorsitzenden und andere Geschäftsführende bestimmen.

4. Tagungen. Der Vorsitzende beruft den Elternbeirat nach Bedarf, mindestens aber einmal im Halbjahr. Außerordentliche Sitzungen müssen auf Antrag der Lehrerkonferenz der Schule oder eines Drittels der Beiratsmitglieder stattfinden. Bei Behandlung von Einzelfällen können andere Persönlichkeiten, deren Teilnahme dienlich erscheint, zugezogen werden. Stimmrecht steht ihnen nicht zu. Wichtige persönliche Angelegenheiten sind als vertraulich zu verzeichnen und zu behandeln. In die Niederschriften der Beratungen des Elternbeirates, soweit die Beratungen nicht vertraulicher Natur waren, können alle Eltern und Lehrer Einsicht nehmen.

5. Zuständigkeiten. Die Tätigkeit des Elternbeirates ist beratender Natur. Sie erstreckt sich auf Wünsche und Anregungen des Elternkreises, die sich auf den Schulbetrieb, die Schulzucht und die körperliche, geistige und sittliche Ausbildung der Kinder beziehen und die über den Einzelfall hinaus von allgemeiner Bedeutung sind. Soll bei schwerwiegenden Verfehlungen gegen einen Schüler (Schülerin) die Verweisung von der Schule ausgesprochen werden, oder ihm im Abgangszeugnis eine Sittennote gegeben werden, die ihm das Fortkommen erheblich erschweren oder ihn in den Augen der Allgemeinheit herabsetzen würde, so ist mit Zustimmung der Eltern des Schülers der Elternbeirat vorher zu hören. Alle Beschlüsse des Elternbeirates sind dem Lehrkörper der Schule mitzuteilen. Der Elternbeirat beruft in Verbindung mit dem Lehrkörper Gesamt-Elternversammlungen ein, um wichtige Fragen durch Vorträge und Aussprache klarzustellen.

Zum Streit um die Landratswohnung.

Zu unserer diesbezüglichen Notiz in der Sonnabendnummer ist noch nachzutragen:

Inzwischen ist die Antwort des Magistrats, gezeichnet Rive, dem Gen. Thiele zugegangen. Sie bewegt sich in demselben Gedankengang wie die Sonnabend besprochene Zuschrift an die Hall. Nachr. und enthält den Satz, das Wohnungsamt habe über die Wohnung im 2. Obergeschoß erst dann anderweit verfügt, nachdem das Anerbieten v. Krosigks, diese Räume freiwillig herzugeben, vom Gen. Thiele abgelehnt worden sei. Diese Behauptung ist, wie Thiele versichert, frei erfunden. Niemals ist ein solches Anerbieten gemacht worden, das sofort angenommen worden wäre. Der Magistrat benutzt jedoch die unwahre Behauptung, um daraus zu folgern, den Wünschen des Kreisausschusses und des Ministers sei in dieser Angelegenheit Rechnung getragen worden.

Wenn der Magistrat in seiner Antwort schreibt, „wenn später Räume des 1. Obergeschosses entbehrlich oder als selbständige Wohnung abtrennbar werden sollten, was nach Lage und Beschaffenheit der einzelnen Räume und der Kopfzahl der v. Krosigkschen Familie zur Zeit wenigstens nicht der Fall ist," so habe lediglich das Wohnungsamt, nicht der Kreisausschuß zu entscheiden, und das Wohnungsamt werde „Wohnungslose in dringlicheren Fällen" aufnehmen, so ist die erstere Behauptung wieder eine von denen, die niemand bestritten hat, und die zweite läßt die Absicht erkennen, hier nicht die naturgemäße Entscheidung treffen zu wollen. Denn eine Wohnung wird doch frei, und wer obdachlos herkommt, wird zufrieden sein, wenn er eine Wohnung bekommt, er wird keinen Anspruch darauf erheben, ausgerechnet im Landratsamte zu wohnen.

Alles in allem: Oberbürgermeister Dr. Rive hat mit seinem Namen eine üble Sache gedeckt, eine voreilige Entscheidung, die er wohl kaum billigen würde, wenn ihm der wahre Sachverhalt bekannt wäre.

* **Richtigstellung.** Die hiesige demokratische „Saale-Zeitung" schrieb vor einigen Tagen, die Mehrheitssozialisten in der preußischen Landesversammlung hätten es abgelehnt, die Lehrer bei der bevorstehenden allgemeinen Besoldungsreform hinsichtlich der Gehaltsstaffelung zwischen die Sekretäre und zwischen die Oberlehrer einzureihen. Die Mitteilung ist irreführend. Die Lehrerschaft hat auf dem 8. preuß. Lehrertage beschlossen, gehaltlich den Sekretären (Gericht, Post, Eisenbahn) gleichgestellt zu werden. Dieser Forderung haben im Prinzip alle politischen Parteien ohne Ausnahme zugestimmt. Andere Anträge sind nicht gestellt worden. Auch von den Vertretern der Lehrerschaft selbst nicht. Hoffentlich klärt die „S.-Z." diesen Irrtum auf, oder wollte man die S. P. D. als lehrerfeindlich brandmarken?

* **In einer Massenversammlung der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen** im „Volkspark" hatten sich am Freitag der „Reichsbund", der „Internationale Bund der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen" und der „Bund erblindeter Krieger" zu einer gemeinsamen Protestaktion gegen den Magistrat von Halle zusammengetan. Die drei Referenten von den die Versammlung einberufenden Organisationen, gingen in äußerst scharfen Worten mit dem Verhalten des Magistrats gegenüber den Forderungen der Kriegsbeschädigten und -Hinterbliebenen ins Gericht, wobei besonders an dem Oberbürgermeister Dr. Rive kein gutes Haar blieb, von dem es nach dem von den Referenten und auch den nachfolgenden Diskussionsrednern vorgebrachten — teils schriftlich belegten — Tatsachenmaterial allerdings den Anschein hat, als ob er nicht das rechte Verständnis für die Not der armen Kriegsopfer und den guten Willen zur Linderung ihrer Not hat. Vor allem aus dem vorgelesenen Schriftwechsel zwischen den Organisationen und dem Magistrat mußte man den Eindruck gewinnen, daß der Magistrat, besonders dann, wenn Dr. Rive persönlich unterzeichnet hatte, mit einer gewissen fein versteckten Absicht diese Organisationen zu schneiden sucht. Dabei handelte es sich bei allen vorgebrachten Klagen nur um Forderungen, die nur vom Magistrat und nicht von den Reichsstellen erfüllt werden können und die durchaus im Rahmen des Erfüllbaren liegen, wie die Behandlung dieser berechtigten Forderungen durch die Magistrate anderer Städte beweist. Besondere Erbitterung erregte die Neuregelung der Vergebung von Freifahrkarten für die Straßenbahn an im Gehen schwer behinderte Kriegsbeschädigte. Die referierenden Kameraden Fiedler („Reichsbund"), Franke („Internationaler Bund") und Günther („Bund erblindeter Krieger") deren Ausführungen oft von erregten Zwischenrufen begleitet waren, fanden ungeteilten Beifall der Versammlung. In der Diskussion in der sich besonders der Geschäftsführer der Kriegsbeschädigtenfürsorge Bietz, Stadtverordneter Kleeis und Arbeitersekretär Lemk in längeren Ausführungen ergingen, trat die große Erregung der Kriegsopfer noch mehr in Erscheinung, doch verlief die Versammlung dank ihrer besonnenen Leitung und der guten Disziplin der Besucher in mustergültiger Weise. Die Führer verstanden es, noch einmal, in letzter Stunde, die Massen zu beruhigen und vor einer noch deutlicheren Aktion zurück zu halten bis die neugeforderten, sofort einzuleitenden Verhandlungen mit dem Magistrat abgeschlossen sind. Schließlich nahm man noch je eine Resolution an den Magistrat und die Regierung einstimmig an, in denen nochmals die dringende Notlage der Kriegsopfer geschildert und ihre endliche Linderung in den möglichen Grenzen gefordert wurde. Die anwesenden Vertreter des Magistrates, es soll sogar der Dezernent der Kriegsbeschädigten- und -Hinterbliebenen-Fürsorge zugegen gewesen sein, hüllten sich zu all den scharfen Angriffen in eisiges Schweigen. Vgl.

* **Mieterschutz.** Vom Kreiseinigungsamt wird uns geschrieben: Es kommt häufig vor, daß rechtsunkundige Personen das Amt um Hilfe anrufen, da sie „morgen" oder „in einigen Tagen" vom Gerichtsvollzieher auf die Straße gesetzt werden sollen. In solchen Fällen kann das Mieteinigungsamt kaum noch etwas tun, es kann vielmehr jedem Mieter, der vom Vermieter auf Räumung verklagt wird, nicht dringend genug raten, sofort die örtliche Wohnungskommission anzurufen und außerdem den Gerichtstermin nicht zu versäumen, da sonst einfach Versäumnisurteil ergeht und wenn dagegen nicht rechtzeitig Einspruch eingelegt wird, das Urteil rechtskräftig wird. Wird der Gerichtstermin wahrgenommen, so muß der verklagte Mieter Verweisung des Rechtsstreites an das Mieteinigungsamt beantragen, da von amtswegen der Richter dazu nicht verpflichtet ist. Das Schlimmste und Unverantwortlichste ist es aber, wenn ein Mieter, der ausziehen soll und von seinem Hauswirt verklagt wird, gleichgültigerweise überhaupt nicht zum Gerichtstermin hingeht und denkt, „ich lasse mich nicht raussetzen; wenn ich keine andere Wohnung habe, brauche ich nicht auszuziehen." Er hat dann mit seiner Familie sehr bald den Schaden am eigenen Leibe zu spüren.

* **Rentenzahlung bei der Post.** Die Zahlung der Militärversorgungsgebührnisse und der Invaliden- und Unfallrenten findet an den Hauptzahltagen in den Räumen der Weißbierhallen, Bernburger Straße (Ecke Mühlweg), in der Zeit von 8 Uhr vorm. bis 2 Uhr nachm. in nachstehender Weise statt: a) für Militärrenten: am 29. Januar an die Inhaber der Stammkarten Nr. 1—11 000, am 30. Januar an die Inhaber der Stammkarten Nr. 11 001 bis Schluß; b) für Invaliden- und Unfallrenten: am 2. Februar an die Inhaber der Stammkarten Nr. 1—3800, am 3. Februar an die Inhaber der Stammkarten Nr. 3801 bis Schluß. Auf die rechtzeitige Abhebung der Renten werden die Empfänger wiederholt hingewiesen; insbesondere kann denjenigen, die die Abhebung bisher auf spätere Tage verschoben und dann häufig bei etwaigem längeren Warten unberechtigte Klagen geführt haben, nicht dringend genug empfohlen werden, die Rentenbeträge an den vorstehend angegebenen Tagen in Empfang zu nehmen. Durch die Einrichtung einer genügenden Anzahl von Zahlstellen in den Weißbierhallen ist Vorsorge für schnelle Abfertigung getroffen. Für diejenigen Empfänger von Militärversorgungsgebührnissen, welche die Zustellung der Beträge ins Haus beantragt haben, erfolgt die Auszahlung durch die Besteller am 29. und 30. Januar. Damit die Auszahlung ungesäumt vonstatten geht, werden die Empfänger ersucht, den ausgefüllten Quittungsvordruck bereit zu halten und ihn bei der Zahlung des Betrages, dem Besteller zu übergeben. Die Zahlung erfolgt nur gegen Vorzeigung der Nummernkarte.

Wem gehört die Wäsche? Am 11. November 1919 wurden von einem jungen Burschen im hiesigen städt. Leihamte folgende Sachen versetzt: ½ Dutzend weißleinene Handtücher mit Blumenmuster, ½ Dutzend weißrotgestreifte Küchenhandtücher, gez. E. S., 2 weiße Damasttischtücher, gez. E. S., 3 rotweißgeblümte Kopfkissenbezüge. Es wird angenommen, daß die Wäsche aus einem Diebstahl herrührt. **Der Eigentümer wird gebeten, sich am Donnerstag, den 29. Januar, bei der Kriminalpolizei, Dreyhauptstraße 4, Zimmer 38 oder 40, zwischen 8 bis 9 Uhr vormittags zu melden.**

Erhängt wurde in ihrer Wohnung in der Friesenstraße eine Frauensperson aufgefunden. Feststellungen nach der Todesursache sind noch im Gange.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200126-18/fragment/page=0005

Aus dem Verbreitungsbezirk.

Die Ortszulagen in der Beamtenbesoldung.

Der Regierungsentwurf betr. die Neuregelung der Beamtenbesoldung sieht die Gewährung von Ortszulagen vor. Sollte dieser Entwurf als Gesetz angenommen werden, so ist die Forderung des Deutschen Beamtenbundes nach einheitlicher Besoldung nicht erfüllt. Wie groß die Gefahren der Zersplitterung innerhalb der Beamtenschaft durch die Ortszulagen sind, darüber kann die Lehrerschaft berichten.

Um diese Gefahren abzuwenden, ist es unbedingt erforderlich, daß die gesamte Beamtenschaft erneut und immer wieder ihren Ruf erhebt: Gleicher Dienst, gleiche Besoldung! Nur das Wohnungsgeld sei den örtlichen Verhältnissen angepaßt!

Folgende vom erweiterten Elferausschuß des Deutschen Lehrervereins in seiner Sitzung am 15. 12. 19 aufgestellten Forderungen sollten allen Beamtenorganisationen das Ziel sein, nach dem sie einheitlich streben.

1. Das Wohnungsgeld ist nach Ortsklassen und nach der Größe der Familie abzustufen und dem wirklichen Wohnungsbedürfnis des Einzelnen anzupassen. Ledige sind den Verheirateten ohne Kinder gleichzustellen.
2. Jede Abstufung des Gehaltes nach Teuerungsbezirken ist zu vermeiden.
3. Besondere Kinderzulagen als Bestandteil des Gehalts sind abzulehnen.

Der Lehrerverein Halle-Land ruft in diesem Sinne alle Beamten zur Mitarbeit auf. Einmütig wurde in seiner letzten Versammlung folgender Beschluß gefaßt:

Der Verein widerspricht aufs entschiedenste den im Regierungsentwurf betr. die Neuregelung der Beamtenbesoldung vorgesehenen Ortszulagen; er fordert alle Lehrervereine und Beamtenorganisationen auf, sich dem Beschlusse des erweiterten Elferausschusses des D. L. V. vom 15. 12. 19 anzuschließen, und erwartet von den Vorständen der Lehrerorganisationen in Verbindung mit dem Vorstande des Deutschen Beamtenbundes eine zielbewußte Vertretung dieser Forderung in parlamentarischen Kreisen und bei der Regierung. Gr.

Freie Bahn dem Tüchtigen. Die Lehrerschaft der Provinz Sachsen hat es mit Freude und Genugtuung erfüllt, daß das Ministerium für W. K. und V. den sehr geschätzten und tüchtigen Rektor Kolrep von der Volksknabenschule in Magdeburg, Mitglied des geschäftsführenden Ausschusses des preußischen Lehrervereins, zum Regierungs- und Schulrat bei der Regierung in Magdeburg ernannt hat! So etwa gab's im alten, bureaukratischen Untertanenstaate nicht.

Die 28. Vertreterversammlung des deutschen Lehrervereins findet am 30.—31. März d. J. in Halle statt.

Nietleben. Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend fand hier seit längerer Zeit wieder einmal eine öffentliche Versammlung unserer Partei statt. Gen. Thiele-Halle sprach über: „Was fordert von uns die Gegenwart?“ In kurzen Zügen gab er ein Bild von unserer gesamten politischen und wirtschaftlichen Lage, um dann auf die Aufgaben einzugehen, die die Gegenwart von uns fordert. Die Diskussion war sehr rege und leider eben so persönlich, denn — die Unabhängigen waren erschienen. Der einzige sachliche Diskussionsredner war der Führer der Unabhängigen Schäfe, der einige mal den „Radikalen“ nicht nach dem Munde redete und dafür sich deren Mißfallenskundgebungen einstecken mußte. Die anderen „unabhängigen“ Redner sprachen „revolutionärer (oder „sozialistischer“?) wie er und ernteten natürlich billige Lorbeeren. Daß es keinem der Kritisierer gelang, die durchaus sachlich gehaltenen Ausführungen des Gen. Thiele zu entkräften, war auf Grund der jetzigen Verhältnisse nicht verwunderlich. Noch weniger wußte irgend einer einen besseren oder wenigstens gangbaren Weg zur Lösung der schwierigen auf uns einstürmenden Fragen zu finden. Einer der in unserem Sinne sprechenden Debatteredner wurde von Radauelementen am Weitersprechen gehindert („unabhängige Versammlungsfreiheit!“). Nach Annahme einer gegen die Nichtbestätigung einiger Amtsvorsteher protestierenden Resolution wurde, nachdem Gen. Thiele im Schlußwort die gehässigsten persönlichen Anwürfe zurückgewiesen hatte, die von über 400 Personen besuchte Versammlung geschlossen.

Leuna. Ablehnung des Generalstreiks. Die Vertrauensmänner des Leunawerks haben beschlossen, die Arbeiter des Werks von dem Streik abzuraten, dagegen die streikenden Kollegen durch Geldsammlungen zu unterstützen. Von den Bauarbeitern streiken heute rund 8000 Mann. Die Streikenden forderten zunächst 100 Prozent Lohnerhöhung, gingen aber dann mit ihren Forderungen auf 50 Prozent herunter.

Wettin. Oeffentliche Versammlung. In einer sehr stark besuchten Volksversammlung sprach hier Genosse Ad. Thiele über die Aufgaben, die dem deutschen Volke und seiner Regierung jetzt zu lösen sind. Der einstündige Vortrag machte sichtlichen Eindruck auf die zahlreich erschienenen Angehörigen anderer Parteien. Der Vortragende erörterte auch das unvernünftige und volksschädigende Treiben der Unabhängigen, die unter sich selbst wieder vielfach gespalten sind, also selbst nicht wissen, was sie wollen, aber trotzdem von der Mehrheit des Volkes fordern, sie solle sich unter die Herrschaft einer Minderheit zwingen lassen. In die Debatte griffen der deutschnationale Arzt Dr. Köbrich und Redakteur Kasparek vom Volksblatt ein. Dr. Köbrich ersehnte die Monarchie zurück und verlangte die Entfernung Erzbergers. Kasparek sprach volle zwei Stunden in einer Weise, daß ihm der Vortragende dann vor der ganzen Versammlung einen schamlosen Lügner und einen Verleumder nannte. Wenn Kasparek die Absicht gehabt hatte, die Versammlung auseinanderzureden, so gelang ihm dies nicht. Die Versammlung hatte vielmehr eine für unsere Bestrebungen sehr günstiges Ergebnis und führte der Partei zahlreiche neue Mitglieder zu.

Rothenburg (S.). Oeffentliche Versammlung. Am Sonnabend, den 24. Jan. veranstaltete die Alte Sozialdemokr. Partei (Ortsverein Könnern) eine öffentliche Versammlung in Rothenburg, welche sehr gut besucht war. Gen. Kunzemann sprach über das Thema: „Was fordert die Revolution von uns.“ Mit klaren Worten legte der Redner dar, in welcher Weise und mit welchen Mitteln wir unsere Freiheit festigen und weiter ausbauen müssen. Hebung der Produktion ist die erste Vorbedingung, um uns auf dem Weltmarkte wieder konkurrenzfähig machen. Als ein Diskussionsredner die Ziele der sozialdemokratischen Partei kennen lernen wollte, verstand es der Redner vorzüglich, der Versammlung auf Grund des noch fest in der Partei verankerten Programms die Ziele der Partei klarzulegen. Hierauf entspann sich eine längere Debatte, in der Genosse Schlüter die rechtsstehenden Parteien beleuchtete, besonders die mit „Kriegsersatz“ übertünchte Deutsch-demokratische Partei. Gen. Ecke streifte sodann die praktische Arbeit der Unabhängigen und wies darauf hin, daß diese Partei leider noch keine praktische Arbeit im Rahmen der heutigen ausbaufähigen Verhältnisse geleistet hat. In voller Einmütigkeit wurde die bis zuletzt vollbesetzte Versammlung zu Ende geführt.

Gr.-Möhlau. Mitglieder-Versammlung. Die letzte Mitgliederversammlung unseres Ortsvereins war leider nicht so gut besucht, wie es eigentlich erwartet werden mußte. Der 1. Vorsitzende gab der Versammlung den Jahresbericht bekannt und forderte die Versammelten auf, in der kommenden Zeit noch viel mehr als bisher für unsere Sache zu wirken, damit nicht einige einzelne Genossen die ganze Organisationsarbeit bewältigen müssen. Besondere Pflicht eines jeden Genossen sei es, für die Volksstimme zu werben. Am 14. März feiert der Verein sein Stiftungsfest und es wurde beschlossen, an diesem Tage eine öffentliche Volksversammlung abzuhalten. In derselben wird wahrscheinlich ein Hallescher Genosse sprechen. In den Vorstand wurden gewählt die Genossen W. Pausler (1. Vors.), Emil Engelmann (2. Vors.), Hermann Sendlitz (1. Kassierer), Rich. Demke (2. Kass.). Der Vors. Gen. Pausler führte am Schluß aus, daß es für unsere Partei am hiesigen Ort noch sehr viel zu holen gibt und für eifrige Genossen noch viel Neuland zu beackern ist. Darum soll in nächster Zeit auch hier mehr wie bisher für die Partei und die Volksstimme agitiert werden.

Leißling. Gemeindevertretersitzung. Nach Erledigung einiger Kassenangelegenheiten mußte man sich abermals längere Zeit wieder einmal mit dem Schmerzenskinde der Gemeindeverwaltung, der Wasserleitung, befassen. Der zu Rate gezogene Sachverständige hat über die von den Gebr. Schmidt-Halle-Hohenturm vorgenommenen Tiefbohrungen ein ungünstiges Urteil gefällt. Die Firma weigert sich aus unbekannten Gründen, weitere Bohrungen vorzunehmen. Da das erbohrte Wasser durchaus nicht genügt, soll die Firma Karl & Co.-Halle auf dem alten Bohrloche noch eine Tieferbohrung von 10 Metern vornehmen. Ein Antrag der hiesigen Kirchengemeinde um Bewilligung eine Zuschusses von 1500 M. zur Reparatur des Kirchendaches usw. erregte eine lebhafte Auseinandersetzung und es konnte keine Einigung erzielt werden. Es wurden darauf Gehaltserhöhungen für den Gemeindediener und einen Waisenrat bewilligt.

Hettstedt. Unabhängige Weltverbesserer. Die Stadtverordnetensitzung beschloß mit 12 unabhängigen gegen 9 bürgerliche Stimmen, dem „Hettstedter Tageblatt“ die städtischen Druckarbeiten zu entziehen, da der Schriftleiter des „Tageblattes“ dauernd die Unabhängige Sozialdemokratie bekämpft. Damit verfallen die Unabhängigen in die Methoden des von ihnen angeblich so heiß bekämpften reaktionären Systems, dessen Stärke bekanntlich früher auch darin bestand, dem politischen Gegner durch Stockschläge auf den Magen zu bestrafen und ihn so entweder wirtschaftlich tot oder gefügig zu machen. Ob der politische Kampf in mehr oder weniger scharfen Formen geführt wird, spielt dabei keine Rolle. Am wenigsten haben die Unabhängigen Ursache, sich über die politische Kampfesweise ihrer Gegner zu beklagen, deren Formen sie ganz genau nachahmen. Sie rechtfertigen durch ihr Verhalten alle jene brutalen Maßnahmen des Unternehmertums und der wilhelminischen Kreaturen noch nachträglich, über die sie einst gar beweglich lamentierten. Aber damals waren die meisten der heutigen Usis ja noch keine Sozialisten, sondern bejubelten den Terror der herrschenden Klassen. Sie setzen ihn heute also konsequent fort, nur in entgegengesetzter Richtung. Ihre Moral ist gleich schmutzig geblieben.

Grünewalde b. Bockwitz. Oeffentliche Versammlung. Am Sonntag fand hier eine öffentliche Versammlung statt, in der Genosse Drescher aus Halle über Deutschlands politische und wirtschaftliche Lage sprach. Der Redner, welcher seine fast zweistündigen Ausführungen in ruhiger sachlicher Weise vortrug, fand reichen Beifall, und man kann wohl mit Recht behaupten, daß dies seit langer Zeit die erste öffentliche Versammlung war, in welcher nicht geschimpft und mit politischen Schlagwörtern die Teilnehmer traktiert wurden. Der Redner ging besonders auf die Agitationsphrasen der Deutschnationalen ein, die immer wieder das Märchen vom „Dolchstoß von hinten“ als Hauptwaffe gegen die demokratische Republik und deren Regierung benutzen. Trotz der gründlichen Abfuhr und Kennzeichnung dieser Kampfesweise, fand keiner den Mut, von den vielleicht auch deutschnational gesinnten Anwesenden, dem Redner zu widersprechen. Auch wurde von den zahlreich erschienenen Unabhängigen zum Erstaunen aller nicht das Wort gewünscht. Es wurden dann noch kurz vom Referenten die bevorstehenden Wahlen und Aufgaben der Elternbeiräte besprochen. Auch diese Ausführungen fanden bei der Versammlung volles Verständnis. Dies wurde auch von dem anwesenden Lehrer Hutk in der Diskussion voll gewürdigt.

Lautenthal. Bergmannslos. In seinem Beruf tödlich verunglückt ist dieser Tage der Bergmann Wilhelm Frisch. Er ist auf bisher unaufgeklärte Weise (niemand war Zeuge des Unfalls) in den Förderschacht der Lautenthaler Grube über 100 Meter tief abgestürzt und war sofort tot.

Aus aller Welt.

Dresden. Einbruch in die Dresdner Hofkirche. In der Freitagnacht drangen Einbrecher in die katholische Hofkirche ein und stahlen eine Monstranz und zwei silberne Kelche im Werte von 20 000 Mark.

Stettin. Schießende Einbrecher. Als der Fabrikbesitzer Gerhart Windolff in Firma Wiese & Co. gestern morgen sein Büro betrat, fand er dort drei Männer, die den Geldschrank zu öffnen versuchten. Windolff erhielt einen Schuß in die Brust, an dessen Folgen er gestorben ist. Die Täter entkamen. Der Polizeipräsident setzte für ihre Ermittelung eine Belohnung von 2000, die Firma Wiese & Co. eine solche von 5000 Mk. aus.

Breslau, 23. Januar. Umfangreiche Schiebungen mit Patronenhülsen. Die hiesige Ermittlungsstelle des Reichsschatz-Ministeriums ist umfangreichen Schiebungen mit Patronenhülsen, die aus dem Artilleriedepot in Neisse stammten, auf die Spur gekommen und zur Verhaftung von sieben Personen, darunter drei Feuerwerkern, geschritten. Der Wert des verschobenen Gutes beziffert sich auf über 200 000 Mark. Weitere Schiebungen an Heeresgut im Werte von 400 000 Mark konnten im letzten Augenblick verhindert werden.

Kassel. Raubüberfall. Freitag vormittag um 11 Uhr erschienen in der Wohnung eines hiesigen Kaufmanns vier unbekannte Männer, die angeblich Platin verkaufen wollten, zwangen die in der Wohnung befindliche Frau zur Herausgabe des Vertikoschlüssels, raubten eine Summe von 80 000 Mk., betäubten die Frau und ihre Schwester mit Aether und entkamen unerkannt. Auf die Ermittlung der Täter ist eine Belohnung von 3000 Mk. ausgesetzt.

Gewerkschaftliches.

Schwarze Listen!

In der Holzindustrie werden zurzeit die schönsten Konjunkturgewinne eingesteckt. Die Knappheit der Ware und das Bestreben von Schiebern und Kriegsgewinnlern aller Art, ihren Mitbürgern in Zukunft standesgemäß mit eleganten Herren-, Arbeits-, Eß- und Schlafzimmern vor Augen treten zu können, hat die Preise in der Möbelindustrie auf eine fabelhafte Höhe getrieben. Ganz selbstredend möchten die Arbeiter der Industrie nicht ganz leer ausgehen; die Organisation hat an die Arbeitgeber das Verlangen gestellt, den Arbeitern eine Erhöhung des Stundenlohnes um eine Mark und den Arbeiterinnen eine Erhöhung um 75 Pfg. zu gewähren.

Die versuchte Beschneidung des eigenen Profits hat die vereinigten Arbeitgeberverbände der Berliner Holzindustrie zu einem alten Rezept, das in der Vorkriegszeit bei Lohndifferenzen rücksichtslos angewandt wurde, greifen lassen. Streng vertraulich veröffentlicht die Freie Vereinigung der Holzindustriellen zu Berlin unter dem 10. Januar d. J. eine schwarze Liste, durch die namentlich und mit Krankenkassenbuchnummer 53 Tischler, 4 Bildhauer, 10 Polierer, 9 Maschinenarbeiter und 9 Hausdiener, die bei der Firma Felzer u. Stahl, Romintener Str. 35, wegen der Teuerungszulage in den Streik getreten sind, verfehmt werden sollen.

„Es ist Ehrensache und Pflicht der Selbsterhaltung jedes Kollegen, die vorgenannten Leute nicht einzustellen!“, ist die Empfehlung, die in der Liste den Streikenden auf den Weg gegeben wird.

In der Holzindustrie ist Hochkonjunktur; die Unternehmer sind zufrieden, wenn sie nur leistungsfähige Arbeiter bekommen. Die Verfehmung wird daher wohl ohne Wirkung bleiben. Eines aber dürfte sich empfehlen: Vielleicht überlegt sich die Organisation gegenüber der rücksichtslosen Anwendung von schwarzen Listen einmal, ob sie den Spieß nicht umdreht und jeden Unternehmer, der mit schwarzen Listen operiert, für organisierte Arbeiter so lange sperrt, bis das Unternehmertum bereit ist, bei Arbeitsstreitigkeiten von geheimen Steckbriefen in Zukunft abzusehen.

Treibereien gegen den Zentralverband der Angestellten.

Von dem Zentralverband der Angestellten wird dem „V. P. N.“ mitgeteilt:

In einem Teile der Provinzpresse wird die Nachricht verbreitet, daß die beiden mehrheitssozialistischen Vorsitzenden des parteipolitisch-neutralen Zentralverbandes der Angestellten Giebel und Urban ihrer Aemter enthoben und durch eine neue im „unabhängig-kommunistischen Fahrwasser“ segelnde Leitung ersetzt seien. Diese Nachricht ist von A bis Z erlogen. Giebel sowohl wie Urban sind nach wie vor Vorsitzende, und im Vorstande des Zentralverbandes der Angestellten ist überhaupt keine Personenveränderung eingetreten. Es ist klar, daß mit der Verbreitung dieser Notizen die Absicht verbunden ist, Unruhe in die Reihen der Mitglieder des Zentralverbandes der Angestellten zu bringen, und daher ist anzunehmen, daß in den nächsten Wochen aus denselben trüben Quellen ähnliche Lügennachrichten in die Presse lanziert werden. Die Angestellten seien daher zur Vorsicht gemahnt. Der sehr durchsichtige Zweck ist, die freigewerkschaftliche Organisation der Angestellten zu schwächen, und daran haben die Arbeitgeber und die sogenannten Gewerkschaftsbünde kaufmännischer und anderer Angestellten ein gemeinsames Interesse.

Die Bewegung im Holzgewerbe.

In der verflossenen Woche wurden im Reichsarbeitsministerium Verhandlungen zur Beilegung der Differenzen im Holzgewerbe geführt. Es wurden auch nach dem „Vorwärts“ Schiedssprüche gefällt, der Lösung der Streitfragen sei man aber dadurch nicht merklich näher gekommen.

Parteinachrichten.

Aus dem Parteileben im Reiche.

Der Sozialdemokratische Ortsverein Wiesbaden beschloß, für drei Monate einen Extrabeitrag von je 50 Pfg. zu erheben. — In einer Versammlung des S.-P.-D.-Ortsvereins Urberach (Hessen) wurde einmütig verlangt, daß Genossen in der Regierung nicht zugleich die Parteileitung mitversehen dürfen. — Zur Führung der kommenden Wahlkämpfe gegen die Reaktion hat eine Bezirkskonferenz des sozialdemokratischen Bezirksverbandes Pommern die Schaffung eines Kampffonds beschlossen. Zu diesem Zweck werden Sammellisten an die Ortsvereine ausgegeben. — Als Ergänzung zur „Kommunalen Praxis“ gibt die kommunalpolitische Bezirksleitung des Oberrheins der S. P. D. eine achtseitige Halbmonatsschrift „Sozialdemokratische Gemeindezeitung“ heraus. — Der Bezirksvorstand der Sozialdemokratischen Vereine für Oberbayern und Schwaben beruft zum 8. und 9. Febr. d. J. einen Bezirkstag in München ein. Außer der üblichen Tagesordnung sind noch vorgesehen je ein Referat über „Die politische Lage“, „Die Reichssteuern“ und „Das Betriebsrätegesetz“. — Im Kölner Stadtparlament wurden die beiden Mehrheitssozialisten Haas und Schäfer mit 79 von 95 Stimmen zu besoldeten Beigeordneten (Bürgermeister) gewählt. Damit ziehen die ersten sozialdemokratischen Beigeordneten ins Kölner Stadthaus ein.

Eingesandt.

(Für die Veröffentlichungen unter dieser Ueberschrift übernimmt die Redaktion keinerlei Verantwortung.)

Infolge Mangels an Schmelzkoks werden demnächst leider eine Anzahl Betriebe stillgelegt. Der Magistrat bemüht sich zur Zeit, möglichst andere Arbeitsgelegenheit zu schaffen, um nicht Arbeitslosenunterstützung zahlen zu müssen. Möchte doch nunmehr der Straßenneubau zwischen „Mühlweg“ und „Weinberg“ etwas energischer als bisher gefördert werden. Warum beginnt man nicht mit der Dammaufführung zwischen Steinmühle und Schiffsiegel? Zahlreiche Naturfreunde möchten endlich unserem einzigen Walde der Dölauer Heide, näher gerückt sein und bald den Tag erleben, wo man elektrisch in kurzer Zeit zur Heide gelangt. Bei der kärglichen Ernährung sollte die Stadt nichts unversucht lassen, jede mögliche ideelle Freude erreichbar zu machen. Also, bitte Herr Stadtbaurat, etwas mehr Dampf mit dem Bahnbau zur Hallischen „Lunge“.

Die außerordentliche Rentabilität dieser Linie unterliegt keinem Zweifel. E. H.

Neueste Nachrichten und Telegramme.

Die Alliierten sprechen überall das letzte Wort.

Haag, 25. Jan. (TU.) Der Amsterdamer „Telegraaf“ meldet: Da Deutschland nicht die freie Verfügung über seine Kohlenvorräte hat, hat die niederländische Regierung sich an die Alliierten gewandt mit der Bitte, Deutschland diejenigen Erleichterungen zu gewähren, die geeignet sind, den Vertrag zwischen Deutschland und Holland zur Ausführung zu bringen.

Der italienische Eisenbahnerstreik beendet.

Rom, 25. Januar. Havas. Der Ausstand der Eisenbahner ist beigelegt. Die Arbeit wurde gestern allgemein wieder aufgenommen.

Zwölfstündige Arbeitszeit in Rußland.

Wie verschiedene Blätter aus Kopenhagen berichten, hätten die Bolschewiki die fünftägige Arbeitswoche und den sechsstündigen Arbeitstag wieder abgeschafft und jetzt die zwölfstündige Arbeitszeit und die siebentägige Arbeitswoche eingeführt.

Die Adriafrage.

Paris, 25. Januar. Die Friedenskonferenz hat der südslawischen Friedensdelegation mitgeteilt, daß die Frist für die Antwort auf das Ultimatum in der Adriafrage um vier Tage, also bis kommenden Mittwoch verlängert werde.

Briefkasten der Redaktion.

W. K. Es fährt eben jeder mal gern Auto; so eine Autofahrt macht doch dem „überzeugten“ Radikalismus keinen Abbruch. Lassen Sie sich nur von den Herren belehren.

Versammlungs-Kalender

Eilenburg. Freitag, den 30. Januar, abends 7½ Uhr: Parteiversammlung im Deutschen Hof. Vortrag über Reichsverfassung. Berichterstattung über die letzte Stadtverordnetensitzung und Entgegennahme von Anträgen zur nächsten Sitzung. Die Genossen und Genossinnen werden gebeten, vollzählig zu erscheinen.

Verantwortlich für Politik und Feuilleton: Max Seydewitz, für „Aus dem Stadtkreis“ und Gewerkschaftliches: Willy Lanzke, für „Aus dem Verbreitungsbezirk“ R. Garbe, für den Anzeigenteil: Wilhelm Herzig, sämtlich in Halle. Druck und Verlag der Volksstimme G. m. b. H. zu Halle, Gr. Ulrichstraße 27.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-17062977519200126-18/fragment/page=0006
DFG